

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Fehrm.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Adiestraße 16a part.
Telephonruf: Nr. 8800.

Insertionsgebühr pro sechsgepaaltene Kolonelle:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, Privatanzeigen 2 Mark.
Geschäftsinserate finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von **540 000**
EXEMPLAREN erscheint diese Ztg.

Wirtschaftliche Rundschau.

Widerstande Spekulantphantasie, der die teilweise Erneuerung des Stahlwerksverbandes anfangs Anlaß zu einem erneuten Aufschwung gab, wollte bald darauf von Unterbietungen der Preise für Stabeisen und andere B-Produkte wissen, obwohl für derzeitige Folgen der veränderten Konstruktion des Syndikats der Stahlwerke noch keine Anzeichen vorliegen. Da sich ihre Besorgungen im Augenblick als grundlos erweisen, scheint die Börse nun an die Berechtigung dieser Bedenken überhaupt nicht mehr zu glauben, wobei sie übersteht, daß ein Zustand, für den gegenwärtig die Voraussetzung fehle, sich sehr wohl in wenigen Monaten herausbilden kann.

Unter allen Karikaturen hat gerade der Stahlwerksverband eine Ordnung der Produktion am allermeisten herbeizuführen vermocht, unter seiner Herrschaft haben sich im Gegenteil die Produktionsverhältnisse wohl und wußt entwickelt. Nicht aus der bisherigen Leistungsfähigkeit der Montanunternehmen, obwohl sie mächtig gesteigert ist, sondern aus der erweiterten Produktion der erst in den nächsten Wochen und Monaten in Betrieb gelangenden neuen Werke erwachsen die Gefahren einer bedenklichen Überproduktion, Gefahren, die um so weniger unterschätzt werden dürfen, als andere Länder, deren Eisenindustrie von Bedeutung ist, ähnliche Verhältnisse aufweisen. Der Verband für die Kanalisierung der Mosel und Saar" gibt jetzt in seinem Bericht für 1911/12 sehr aktuelle Mitteilungen über die Bedeutung der neuen großen Stahlwerksbetriebe, die demnächst im lothringisch-luxemburgischen Erzbecken ihre Tätigkeit aufnehmen werden. Der Bericht veranschlagt die Leistungsfähigkeit der Gelsenkirchener-Verwerks-Gesellschaft gehörigen Völsch-Emil-Hütte in Esch a. d. Maas auf jährlich 400 000 Tonnen Stahl. Es sollen auf dem neuen Werk nur schwere Profile hergestellt werden, namentlich Schienen und Träger. Ueber die in den Gelsenkirchener Generalversammlungen mehrfach umstrittene Frage der Notwendigkeit der Erbauung der Hütte bemerkt der Bericht: „Gelsenkirchen mußte, um dauernd wettbewerbsfähig zu sein, zur unmittelbaren Verarbeitendung des aus den Hochofen kommenden Roheisens in flüssigem Zustande übergehen. Dabei blieb nur die Wahl: entweder in Wochen neue Hochofen zu bauen, oder bei den in Esch vorhandenen Hochofen neue Stahlwerke zu errichten.“ Das vor anderthalb Jahren begonnene Stahlwerk der Firma Thyssen & Co. bei Hagendingen geht seiner Vollendung entgegen und wird Mitte dieses Jahres in Betrieb genommen werden können. Hierbei handelt es sich um sechs und noch mehr Hochofen, die in ihren Dimensionen noch größer sind als die Gelsenkirchener Hochofen in Esch. Die Jahreserzeugung an Roheisen wird auf 600 000 Tonnen veranschlagt. Die Roheiserzeugung wird auf jährlich 550 000 bis 600 000 Tonnen geschätzt. Vermutlich wird die neue Anlage benachbarte Saar- und Moselhütte früher oder später eng mit der neuen Hütte zusammengehen. Eine dritte Anlage von bedeutenden Dimensionen errichten die Vereinigten Stahlwerke in Esch. Die dort vorhandenen Hochofen sollen um zwei auf sechs vermehrt und später auf zehn ausgebaut werden. Das im Entstehen begriffene neue Stahlwerk soll 1500 Tonnen täglich leisten, das Walzwerk soll 600 bis 700 Tonnen Walzblech innerhalb 24 Stunden erzeugen. Neben diesen Neuanlagen ist der Ausbau anderer Werke fortgeschritten. So hat besonders der Völklinger Hüttenverein Aumetz-Friede seine gesamten Anlagen im Laufe der letzten Jahre derart ausgebaut, daß ihre Leistungsfähigkeit weit über die Beteiligung im Stahlwerksverbande hinausgeht. Ferner hat die Firma De Wendel & Co. zwei neue Hochofen im Bau, und bei Collari & Co., die kürzlich zu der Thyssen & Co. Gussstahlgewerkschaft Beziehungen angeknüpft haben, erricht ein neuer Ofen.

Von anderer Seite wird berichtet, daß auch Gebrüder Stumm das Werk in Uedingen durch Errichtung eines Stahl- und Walzwerkes ausbauen wollen. Das Werk in Uedingen liegt in Völklingen bei Diedenhofen, es hat sechs Hochofen. Jetzt wird das dort erlassene Roheisen nach Neunkirchen geschafft und dort verarbeitet. Die Erbauung eines Stahl- und Walzwerkes in Uedingen würde natürlich die Umwandlung des Roheisens in Stahl und dessen weitere Verarbeitendung am Ort und Stelle zur Folge haben. Die Firma Stumm hatte im Jahre 1910 eine Roheisenproduktion (einschließlich Uedingen) von 457 165 Tonnen und stellte 378 035 Tonnen Halb- und Fertigfabrikate her. Der Ausbau des Uedingener Werkes würde selbstverständlich auch die entsprechende Ausnutzung der Hochofengase gestatten und dadurch für die Walzwerksanlagen die erforderliche Kraft liefern.

Wenige Tage nach dem Zustandekommen des Stahlwerksverbandes für A-Produkte haben die preussisch-hessischen Staatsbahnen mit ihm einen neuen mehrjährigen Lieferungsvertrag für Schienen abgeschlossen. Die Schienen und Kleinseisenarten abgeschlossen. Seit Jahren trugen die Abnehmer Preußens mit dem Stahlwerksverbande einen konsensuellen Charakter, und zwar dadurch, daß den Eisenmagnaten durchaus unmotiviert starke Preisrückgänge zugebilligt wurden. Kurz vor Ausbruch der Krise im Jahre 1907 erfolgte der dreijährige Lieferungsvertrag, der die Preise für Schienen auf 120 M. und für Schwellen auf 111 M. für die Tonne festsetzte, während der vorhergegangene Vertrag vom Jahre 1904 einen Schienenpreis von 112 M. und einen Schwellenpreis von 105 M. vorsah. Alle Welt kaufte seit 1907 Schienen billiger als die preussisch-hessischen Staatsbahnen, die deutschen Stahlwerke lieferten dem Auslande Schienen

zu niedrigeren Preisen als den deutschen Staatsbahnverwaltungen, die sich übrigens den Bedingungen, die Preußen zugestanden, ohne weiteres fügen mußten. Gegen den Vertrag von 1907 wurden die allerschärfsten Angriffe erhoben, deren Berechtigung sich später auch daraus ergab, daß 1909 die Preise für Schienen auf 116 M. und für eiserne Schwellen auf 107 M. für die Tonne gestellt wurden, trotzdem damals die Konjunktur sich aufwärts bewegte, während 1907 die Krise in der Zunahme begriffen war. Jetzt sind dem Stahlwerksverbande nun wieder Preisrückgänge um 2 M. für die Tonne zugestanden worden, die deutschen Staatsbahnen zahlen damit höhere Schienenpreise als irgend eine andere Bahnverwaltung. In einem krassen Kontrast zu der Fürsorge der Regierungen für das Montankapital steht die Behandlung der Interessen von Arbeitern und Angestellten in jenen Betrieben der Eisenindustrie, die aus den Staatsaufträgen jährlich feste Profite beziehen. Gerade in den Jahren 1907 bis 1910, in denen die Stahlwerke die übermäßig hohen Preise von den Staatsverwaltungen erhielten, haben die Arbeiter sich Lohnreduktionen gefallen lassen müssen. Der Staat denkt nicht einmal daran, den Unternehmungen, denen er Lieferungen überträgt, wenigstens die Pflicht aufzuerlegen, die gesetzlichen Rechte der Arbeiter und Angestellten zu respektieren. Dabei ist die angebliche Scheu der Staatsverwaltungen, sich in die inneren Betriebsverhältnisse einzumischen, natürlich nur leere Ausrede, wie die Affäre der Grafenadener Maschinenfabrik beweist, der die Verwaltung der Reichs- und preussischen Bahnen Lokomotivaufträge in Höhe von 5 Millionen Mark entzog, um die demontierte politische Genehmigung des Direktors der Fabrik zu strafen. Die Grafenadener Affäre sollte die Vertreter der Fabrik in den Parlamenten veranlassen, der Frage der Vergabung von Staatsaufträgen noch mehr Bedeutung als bisher beizulegen, denn der Staat als Käufer und Besteller könnte bei ehestigen sozialpolitischen Rücksichten die Arbeiter- und Lohnverhältnisse stärker beeinflussen als durch bloße Gesetze.

Am 9. Mai ernannte die Bank von England den Diskontsatz um 1/2 Prozent auf 3 Prozent, während die deutsche Reichsbank bisher an dem Gelddisagio von 5 Prozent festhält. Was die Reichsbank von einer Diskontherabsetzung, die wohl auch nur für eine kurze Frist Geltung haben würde, zurückhält, ist anscheinend die Befürchtung, daß diese Maßnahme zu Ausschreitungen der Spekulation Anlaß geben könnte. Zu Beginn des Jahres hat die Reichsbankleitung die vielbeachtete Mahnung an die Bankwelt gerichtet, die Kreditgewährung nach Möglichkeit einzuschränken, um bei einem Rückschlag nach der sehr starken Belastung des Geldmarktes finanziell am Ende nicht völlig gebunden zu sein. Nachdem die Kurse der Industriefaktoren ein paar Wochen hindurch weiter gestiegen sind, scheint die berechtigte Warnung in Vergessenheit geraten zu sein, der Geldmarkt wird neuerdings wieder mit sehr erheblichen Beträgen in Anspruch genommen, und zwar nicht nur für das Inland, sondern auch für das Ausland. Vielleicht ist die günstige Beurteilung der gegenwärtigen Situation durch die Banken zu einem Teil sogar darauf zurückzuführen, daß sie neue Aktien und ausländische Anleihen in Fülle an den Markt bringen wollen, für deren Unterbringung gutes Vorwetter natürlich erwünscht ist. Ueberausch haben unter anderem die starken Kapitalisierungen der Maschinenbauanstalt Humboldt & Söhne. Das Unternehmen, das bisher ein Grundkapital von 14 Millionen Mark besaß, will eine Kapitalerhöhung von nicht weniger als 6 Millionen Mark vornehmen, gleichzeitig soll eine Ausgabe von Obligationen im Betrage von 10 Millionen Mark erfolgen. Die aus der Kapitalerhöhung hereinkommenden Gelder sollen zur Verstärkung der Betriebsmittel dienen, von neuen Obligationen sollen rund 7 Millionen Mark zu Erweiterungsbauten benutzt werden. Bei der Ankündigung dieser Kapitalerhöhung wurde mitgeteilt, daß der Geschäftsgang sehr lebhaft sei, daß der Gesamtertrag der im Jahre zur Ausführung gelangenden Aufträge sich auf annähernd 24 Millionen Mark gegen 21,5 Millionen Mark im Vorjahre stellen werde, und daß die Ergebnisse voraussichtlich die Auszahlung einer etwas höheren Dividende als für das Vorjahr (8 Prozent) gestatten werden.

Ein Unternehmen, dessen Aktien das besondere Interesse der Spekulation in den letzten Wochen gefunden haben, ist die Völsch-ländische Maschinenfabrik. Der Kurs dieser Aktien notiert gegenwärtig circa 735 Prozent, seit Beginn des Jahres sind die Aktien um fast 300 Prozent im Kurse gestiegen, in der zweiten Maiwoche zogen an einem einzigen Tage die Aktien um etwa 40 Prozent an. Als Grund für diese Bewegung wird angenommen, daß die Gesellschaft, die in den beiden Vorjahren 20 und 30 Prozent Dividende verteilte, für 1911/12 eine Dividende von 50 Prozent zur Auszahlung bringen werde, da sie aus der Fabrikation von Stützautomaten große Gewinne erzielt, außerdem soll es ihr gelingen sein, eine Lizenz auf ihren Stützautomaten nach Amerika zu bekommen. Immer wieder werden neue Gerüchte verbreitet, daß die Kurstreiberei fortzusetzen, und zwar handelt es sich zum Teil um Gerüchte, die offensichtlich maßlos übertrieben oder gar erfunden sind. Nur zu oft hat die Erfahrung gelehrt, daß derartig ausgetümmelte Kursgebäude sich nicht auf Dauer zu behaupten vermögen. Eine wirtschaftlich schädliche Wirkung dieser Treiberien liegt auch darin, daß nicht selten die Dividendenpolitik unglücklich wird, um den hochgetriebenen Kursen gerecht zu werden.

Am 21. Prozent setzte die Generalversammlung der Maschinenfabrik Moenus, A.-G. in Frankfurt a. M., die Dividende fest, was einem Aktionär zu Klagen über unzureichende Rentabilität Veranlassung gab. Die Verwaltung lehnte eine Erhöhung der Dividende unter Inanspruchnahme des Dividendenreservefonds ab, sie hält es nicht für richtig, Dividenden über 21 Prozent zu verteilen, da man 172 000 M. weniger als im Vorjahre verdient habe. Die neue Fabrik, führte sie aus, müsse sich jetzt einarbeiten,

immerhin seien alle Vorbedingungen gegeben, im neuen Jahre eine neue Ära zu beginnen. Der Bestand an Aufträgen ist ungefähr der gleiche wie im Vorjahre. — Wieder 12 Prozent Dividende verteilt die Aktien-Maschinenfabrik Riffhäuserhütte vormalig Pauli & Neuhäuser; eine gegen das Vorjahr unveränderte Dividende von 7 Prozent bringt die Maschinenfabrik Benzl, A.-G. in Graudenz, zur Ausschüttung. — Von 5 auf 6 Prozent erhöht die Maschinenfabrik Grebenbroch ihre Dividende, der Wert der im Jahre 1911 ausgeführten Lieferungen belief sich auf 5 631 034 M., während zurzeit Aufträge im Werte von 4,93 Millionen Mark vorliegen und die Ausschüttung für den Eingang weiterer größerer Aufträge als günstig bezeichnet werden. — Nachdem die Aktiengesellschaft Kollmar & Jourban in Pforzheim seit ihrem Bestehen regelmäßig 15 Prozent Dividende gezahlt hat, wird die Verwaltung für das abgelaufene Geschäftsjahr angesichts der ansehnlichen Geschäftslage die Erhöhung der Dividende auf 18 Prozent vorschlagen. — Zur Steigerung der Dividende von 9 auf 12 Prozent schreitet die Schriftgießerei D. Stempel, A.-G. in Frankfurt a. M. nach Erhöhung der Abschreibungen von 168 734 M. auf 246 939 M. wird ein Nettogewinn von 315 250 M. gegen 214 572 M. im Vorjahre ausgewiesen.

Nach Abschreibungen von 2,05 Millionen Mark gegen 1,36 Millionen Mark im Vorjahre weist die Aktiengesellschaft von Julius Pintsch in Berlin einen Nettogewinn von 1,61 Millionen gegen 1,94 Millionen Mark im Vorjahre aus. Zuglängst der Abschreibungen beträgt der Gewinn im Jahre 1911: 3,66 Millionen Mark gegen 3,29 Millionen Mark im Vorjahre, infolge der höheren Abschreibungen wird die Dividende von 10 Prozent auf 8 Prozent ermäßigt. Die Gesellschaft hat eine Reihe von Prozessen wegen ihrer Patente für Waggondruckung zu führen, ihre Verwaltung bezeichnet die Ausschüttung als zufriedenstellend, da die Summe der am 1. Januar 1912 vorliegenden Aufträge um 5 Millionen Mark größer war als zur gleichen Zeit des Vorjahres. — Dividendenlos bleibt für 1911 die A.-G. Metz & Genest, Telephon- und Telegraphenwerke in Schöneberg, Berlin. Nach Abschreibungen von 315 338 M. die den vorjährigen etwa gleichen, verbleibt ein Nettogewinn von 130 024 M. gegen 356 613 M. im Vorjahre. Nach Erklärungen der Verwaltung soll das Geschäftsergebnis zum großen Teil durch Verluste an Forderungen ungünstig beeinflusst worden sein, nach anderen Auffassungen ist der finanzielle Mißerfolg auch auf Unzulänglichkeiten der inneren Organisation zurückzuführen, besonders wird darauf hingewiesen, daß das Aufsichtspersonal eine bedauerliche Vermehrung erfahren hat.

Angeklündigt wird eine Sanierung der Völsch-ländischen Maschinenfabrik A.-G., eines Unternehmens, das viele Jahre hindurch eine hervorragende Rentabilität aufwies. Nach Dividenden von 20 Prozent samt die Dividende für das Jahr 1909 auf 12 Prozent, für 1910 konnte bereits keine Dividende mehr verteilt werden. Von der Bankfirma, die die Gesellschaft beherrschte, wurde das Aktienkapital der rentabel arbeitenden Gesellschaft stürmisch vertrieben, die neuen Mittel wurden dann zu übermäßigen Betriebsvergrößerungen verwendet. Aus der Geschichte des Unternehmens geht immer deutlicher hervor, daß die Kapitalerhöhung und Betriebsausdehnungen hauptsächlich zur Erzielung von Finanzgewinnen erfolgten, bis diese Manipulationen endlich zur Unrentabilität führten. Wodurch gelangte das Unternehmen unter den Einfluß seines überlegenen Konkurrenten, der Orenstein & Koppel-Gesellschaft, die die Sanierung wohl in erster Reihe betreibt, um noch weiteren Aktienbesitz zu billigen Preisen zu erwerben.

Krupp.

Am 2. August wird Wilhelm II. wieder einmal als Gast der Familie Krupp auf ihrer „Villa Hügel“ weilen. Diesmal um sein bekanntes, großes Interesse an dem Schicksal dieser industriemächtigsten Familie durch Teilnahme an der Jahreshunderkfeier der Firma zu dokumentieren. Auf dem Programm stehen die üblichen Werksbesichtigungen, dann Frühstück im „Jungerturm“ (Speisesaal im Direktionsgebäude), Rundfahrten, große Festivitäten auf der „Villa Hügel“, deren Clou ein von zwanzig stahlgepanzerten Rittreitern ausgeführtes, mittelalterliches Turnierspiel sein soll. Der Festveranstalter weiß die romantischen Neigungen des ersten Repräsentanten der stärksten Militärmacht der Welt zu würdigen.

Schade, daß das Festprogramm nicht auch eine Inzognitour Wilhelms II., à la Garin al Raschid, durch die typischen Arbeiterquartiere des Königreichs Krupp vorführt. Der Kaiser kann sich getrost ganz allein, ohne Fernummung auch unter die Massen der Kruppianer mischen, wo sie am stärksten mit „vaterlandspfeifen Gesellen“ durchsetzt sind, ohne befürchten zu müssen, irgendwie einer Leibes- oder Lebensgefahr ausgesetzt zu sein. Wer ihm anders vorredet, verfolgt damit nur zu bekannte, politische Absichten. Wilhelm II. darf sich vielmehr versichert halten, gerade in den Kreisen der Sozialdemokraten auf sympathisches Entgegenkommen zu stoßen, wenn er sich gründlich informieren wollte über die wahren Ursachen des rapiden Anwachsens der sozialdemokratischen Bewegung im Reich der „Firma“, trotz seiner historisch gewordenen Rede (1902), mit der Aufforderung an die Kruppischen Arbeiter, das „Zielfeld zu zerhacken“. Der kaiserliche Forscher würde dann ohne Zweifel erkennen, daß die ihm von interessierter Seite vorgehaltene angenehme Außenseite der Kruppischen Arbeiterverhältnisse doch soziale Zustände verdeckt, die zu dem bekannten, der Krupplegenden eigenen Bilde von der „bourgeoisen Behaglichkeit der Lebensführung“ der Kruppischen Arbeiterschaft verflucht schlecht passen. Nicht als ob bei der Kanonfirmen ausnahmeweise schlechte Lohn- und sonstige Arbeitsbedingungen

herrschten. Das hat unseres Wissens noch niemand behauptet. Aber die Lage der Kruppischen Arbeiter ist auch nicht entfernt so „unvergleichlich“ günstig, wie das von einem gewissen Publizisten, anscheinend in gehobener Stimmung nach den im Kruppischen Hotel „Eisener Hof“ eingenommenen Diners seinen Lesern versichert wird. Wäre aber auch die Frage für das Heer der Kruppischen Arbeiter in dem von den Kruppjournalisten behaupteten reichlichen Maße „gelöst“, der Mensch lebt doch nicht von Brot allein!

Ohne Zweifel haben die Angehörigen der Familie Krupp allen Anlaß, die Jahrumbereiter der „Firma“ prunkvoll zu begehen. Wie Polykrates von seines Daches Zinnen stolz auf das beherrschte Samos herabblökte, so schaut der Chef der Firma Krupp von der Höhe seiner Residenz nieder auf die weiten, schloßbesetzten Gelände, in denen nun ein Heer von über 70000 Arbeitern und Beamten, gehorchend seinem Herrscherwillen, sich müht, den immensen Beständen dieser königlichen Industriefamilie immer neue hinzuzufügen. Aus der Leinen-Schmiedewerkstätte des Ahnen ist ein Welt-Etablissement geworden. In seinem Rahmen fördert der Bergmann Kohle und Erze zutage, verarbeitet der Eisler, Schmelzer und Walzwerker den Rohstoff zum Halbprodukt, dieses wird unter den Händen der Presser, Schmiede, Dreher, Gießer, Fräser, Schloffer, Maschinenbauer, Elektriker, Mechaniker, Schiffbauer, Monteure u. s. w. zum verarbeiteten Fertigprodukt und demonstriert die außerordentliche Leistungsfähigkeit der „Firma“ aller Welt. Sie hat sich fast ganz unabhängig von Zwischenhändlern gemacht. Konstrukteure, Techniker, Zeichner und sonstige technische Hilfsbeamte bevölkern die gewaltig ausgebreiteten Bureaugebäude. Nicht minder zahlreich sind die kaufmännischen Beamten. Unaufhörlich wird in den Bureaus laboriert, konstruiert und spekuliert, jede Gewinnverprechende, technische Neuerung wird in den Werkstätten ausprobiert. Die Handelsbeziehungen werden ständig zu erweitern gesucht. Die von der „Firma“ wohl in den meisten europäischen und in manchen außereuropäischen Hauptstädten eingesetzten Bevollmächtigten sorgen dafür, daß besonders bei der Vergabe von hochbezahlten Lieferungen an die Militär- und Marineverwaltungen den Kruppischen Werken die Aufträge zuteil werden. Was die Lieferung zum Beispiel an Eisenbahnbedarfsmaterialien und sonstigen Friedensmaterial anlangt, so hat sich auch Krupp durch den Anschluß an nationale und internationale Verkaufvereinigungen der Eisen- und Stahlindustriellen eines Teils seiner Selbstständigkeit begeben müssen.

Aber in der Großwaffenindustrie besitzt die Firma Krupp vorzüglich für den größten Markt der Welt, Deutschland, das auch sonstigen offiziell anerkannte Monopol. Auf die massenhafte Herstellung von weitverbreiteten, unvergleichlich durchschlagenden, das heißt zerstörend wirkenden Geschützkanonen gründete sich der phänomenale Erfolg des Mannes, dessen 100-jährigen Geburtstag am letzten 26. April die industrielle Presse gleich einem nationalen Gedenktag feierte: Alfred Krupp.

War der am 26. April 1812 geborene Gründer der Weltfirma Krupp ein besonders genialer oder nur ein von seltenem Glück begünstigter, begabter Mensch? Glaubt man seinen emphatischen Lobrednern, dann wäre er neben die „Großen der Nation“ zu stellen. Dem nach ihrer Darstellung hätte er nur auf sich gestellt, er ganz allein, noch dazu unter den denkbar schwierigsten Verhältnissen ein Wunderwerk vollbracht. Wenn man freilich liest, wie ein Biograph seines Sohnes, des 1902 verstorbenen Friedrich Alfred Krupp, uns auch diesen heutzutage Menschen, aber durchaus unzulänglichen Stammbaum als „einen Mann mit weitem Blick und klarem Verständnis für die vielseitigen Lebensfragen des einzigartigen Unternehmens“ darstellt, dann möchte man dem Vater sogar das Prädikat übergenial zugeben.

Alfred Krupp war jedoch auf seinem ursprünglichen Tätigkeitsgebiete als Stahlhändler kein bahnbrechender Erfinder, wie Vösemeyer, Martin und Siemens, um nur drei Namen zu nennen, deren Namen für alle Zeiten mit der Geschichte der Eisen- und Stahlbereitung verknüpft sind. Wie lesen wir mit achtungsvoller Teilnahme von dem Ringen und Streben des jungen Krupp um die Anerkennung seines Vaters, verfolgen seine Tätigkeit als zähen Händler, außerordentlich zähigen Kaufmann, wagemutigen Anstaltler und mit genialem Weitblick begabten Organisator. Unseres Geschlechts war Alfred Krupp weit bedeutender als Bahmweiser der wachsenden kombinierten Großbetriebe („gemischte Werke“), denn als Techniker und Ingenieur.

Als Händler und Kaufmann war der Kammerrentier, endlich be-
 leitet. Er entstammte einer altberühmten Essener Kaufmanns-
 familie. Das nicht unbeträchtliche großelterliche Vermögen war
 durch Handelsstätigkeit gewonnen. Dem Grundbesitz hat wahr-
 scheinlich ein Krupp geerbt, der, ursprünglich wohl Gewerbetreibender,
 später sich auch dem damals einträglichen Gewerhändler widmete
 und als „Beleger“ der Kaufmannsgebilde heizte. Karl Wewers be-
 richtet uns in seiner Monographie der alten Essener Gewerhändler
 von einem Schmied oder Ledermacher Anton Krupp, der 1615, um
 die Zeit des Beginns der rascheren Fortschritt der Gewerhändler-
 tätigkeit durch das Handelskapital (Verlegerium), die Mitgliedschaft der
 „Kaufgilde“ erwarb, wodurch er in die Patrizierschicht der Stadt
 Essen aufstiege. Der Urgroßvater des Kammerrentiers, der Ratsherr
 Friedrich Jobstus Krupp, besaß ein für die damalige Zeit be-
 deutendes Handelsvermögen und hinterließ seinem Sohne Peter Friedrich
 Wilhelm Krupp ein erhebliches Vermögen. Der Enkel des Jobstus,
 der Kaufmann Friedrich Krupp, beteiligte sich, wie schon sein
 Vater, unter dem Einfluß der ungewöhnlich unternehmungskundigen
 und energiegelassen Großmutter (Witwe des Jobstus) im Jahr 1782
 von dem Hüttenmeister Pfandhoyer gegründeten „Societät Hoffmanns-
 hütte“ (Oberhausen), erlitt dabei aber schwere finanzielle Verluste.
 Er verstarb dann seine Hüttenanteile an Jakob, Daniel & Hungen
 und wandte sich wieder dem Handelsberuf zu. Da um diese Zeit
 (1806) die napoleonische Handelsblockade gegen England bestand, zog
 das „Kolonial-Importgeschäft“ des Friedrich Krupp aus dem Ver-
 kauf einträglicherer „Kolonialwaren“ großen Nutzen, was an-
 gefacht der Blockade des napoleonischen Handelsverhältnisses nur
 von der Regierung als eine Aufhebung gegen die Obrigkeit
 beanstandet werden konnte. Auch dem Fall Napoleons fürzte dies
 „Importgeschäft“ nicht mehr so vorteilhaft, indessen erwarb es seinen
 Namen. Was aber der Handelsmann Krupp an Vermögen erworben
 hatte, das verlor der Hüttenmann Krupp fast ganz auf der Suche
 nach der Erfindung der Gußstahlherstellung. Er und sein
 Associé Nikolai wollten — wie viele andere Labormänner um diese
 Zeit — aus heimischen Rohmaterial Erfolg schöpfen für den längst
 ersehnten, während der Revolutionsperiode europäisch vertriebenen
 englischen Stahl. Soweit es den beiden gelungen ist, brauch-
 bare Gußstahl zu bereiten, ist richtig geblieben. Sicher ist nur, daß
 Friedrich Krupp, als er 1836 im Alter von erst 29 Jahren nach,
 durch seine hüttenmännlichen Experimente fast sein ganzes, im Ko-
 lonialhandel erworbenes Geld verloren hatte und seinen Hütten-
 betriebe zur eine 1811 von dem Arbeiter in Essen errichtete
 Hütte Schmelzhütte mit Schmelze übertrug. Die Familie machte
 schon 1824 infolge ihrer Vermögenslosigkeit aus der Hütten-
 hütte ein unter der Hütte gebautes Häuschen — das noch jetzt in
 der Gußstahlhütte belegen „Stammhaus“ — übernahm. Die
 kleine Schmelzhütte war der Anfang des unermesslichen Ver-
 mögens. In dieses trat 1826 der damals 14-jährige „Kammer-
 rentier“ als „Leibhaber-Gesell“ ein.

Hier steht nun die Kruppgebende ein. Dieser 14-jährige, aus der
 Quarta des Gymnasiums entlassene Knabe soll, höchstens von seiner
 energischen Mutter angeregt, fast im Handumdrehen der umsichtige
 Betriebsleiter, sein erster Handarbeiter, erster Ingenieur und Erfinder
 geworden sein. Man tut dem starkmütigen, hochbegabten Knaben
 und Jüngling kein Unrecht, wenn man lebhaft zugibt, daß er, der
 vom Vater her die Elementarkenntnisse der Eisenbearbeitung er-
 erbte, sich ungewöhnlich rasch in die allgemeinen Betriebskenntnisse ein-
 arbeitete, sich sehr schnell die wichtigsten Handwerksgriffe aneignete
 — er konnte schmelzen, schmieden, drehen, feilen, härten u. s. w. —
 und vor allen Dingen mit sicherem Blick die bestmögliche Ver-
 wendung der verfügbaren, maschinellen Hilfsmittel und Arbeiter
 herausfand. Das beweist auch schon sehr viel Intelligenz.

Es ist aus zahllosen Prozessen wegen Patentverletzungen be-
 kannt, daß viele wichtige Erfindungen von Arbeitern und Beamten
 herrühren, aber aus vielfältigen Gründen, zunächst finanzieller Art,
 von dem „Arbeitgeber“ angekauft werden und nur seinen Namen
 rühmend verdammen. Liest man die von Professor Dr. R. Ehrenberg
 im „Ehnen-Archiv“ zusammengestellten handschriftlichen Notizen
 Alfred Krupps über technische Vorgänge in seiner damals noch recht
 kleinen Fabrik, dann erfährt man: er war unbedingt auf die
 Loyalität seines Personals, ja auf die Initiative seiner
 ersten Arbeiter und Meister angewiesen! Gerade in der
 äußersten kritischen Zeit für seine Unternehmung, schon damals, als der
 Fabrikherr selber noch leicht seinen ganzen Betrieb bis auf die un-
 bedeutendsten Details übersehen konnte. Das wurde ihm natürlich
 immer weniger möglich, je mehr sich die Unternehmung ausdehnte.
 Welch großer Anteil bereits in der Frühzeit der Kruppischen Fabrik
 den Arbeitern und Meistern trotz der ungewöhnlichen Mühseligkeit
 und Fähigkeit des Chefs an seinen Erfolgen zukam, mußten wohl
 die inzwischen verstorbenen Zeitgenossen. Die Kruppgebende hat die
 ältesten Mitarbeiter und höchstwahrscheinlich auch lehrreichen Unter-
 weiser des jugendlichen Krupp im hüttenmännischen Handwerk zu

**Einfallen und Klagen über die Verdorbenheit der
 Menschen, ohne eine Hand zu regen, ist weiblich.
 Strafen und bitter höhnen, ohne den Menschen zu
 sagen, wie sie besser werden sollen, ist unfreundlich.
 Handeln! handeln! Das ist es, wozu wir da sind.**

Johann Gottlieb Fichte.

seinen bloßen Handlungen begründet. Es ist menschlich, daß der
 Kammerrentier, zurückblickend auf die auch mit Jahren schwerer Not
 und bitteren Enttäuschungen belastete Lebensbahn, seinen unerhörten
 industriell-kommerziellen Erfolg sich, dem namentlichen großen Wert-
 herrn, sozusagen allein zuschrieb. Diese Art von Selbstbetrachtung
 ist bei ungewöhnlich erfolgreichen Menschen nicht selten. Krupp
 selber aber bewies durch die Sorgfalt, mit der er seine ältesten
 „Handlanger“ auswählte, auf die beste, daß er genau wußte, wie sehr
 Gehalt und Verdacht seines Unternehmens von der Intelligenz und
 Zuverlässigkeit dieser selben „Handlanger“ abhängig war. Er bewies
 es auch durch das persönliche Vertrauensverhältnis, in das er
 zu seinen ältesten Arbeitern und Meistern trat. Die persönlichen
 Beziehungen an den „alten Krupp“ wuchsen ihn auch bei den Arbeitern
 und Beamten populär, die ihn nur von Hörensagen kennen lernten
 und von der Art des Alten mit dem jetzigen Regiment verglichen.
 Wir verneinen durchaus nicht die wichtigste gesellschaftliche Bedeutung
 des ingenieusen Unternehmers. Wir lassen ihm alle Gerechtigkeit
 als Praktiker und Theoretiker widerfahren und wissen wohl, daß
 starke Persönlichkeiten auf ihre Umgebung einen richtunggebenden
 Einfluß ausüben können, um so entschiedener, wenn die Verhältnisse
 ihnen sonst günstig sind. Alfred Krupp war eine starke Persönlichkeit,
 sein großes Organisationsvermögen überwand Schwierigkeiten, über
 die seine Konkurrenten zu Fall kamen. Dazu stand er in der Boll-
 kraft seines Lebens an der Schwelle einer seinen weitläufigen
 Projekten sehr günstigen, unerhörten raschen Industrialisierung Deutsch-
 lands. Er erlebte und förderte die erste industrielle Umwälzung einer
 beispiellosen Massenproduktion durch die Verwendung von mit
 Dampfkraft betriebenen Arbeitsmaschinen, er, der noch oft wochenlang
 wegen Treibwasserangel seinen Hammerbetrieb einstellen mußte.
 Diese außerordentlichen technisch-wirtschaftlichen Um-
 wälzungen waren dem Kruppischen Unternehmen beispiel-
 los förderlich. Man möchte sagen, er war „zur rechten Zeit
 geboren“.

Die Menschen sind zwar nicht ohnmächtig den Einwirkungen der
 sie umgebenden Verhältnisse unterworfen, aber sie vermochten doch
 im Zeitalter des Maschinenbaus keine der Leistungen zu vollbringen,
 die erst durch die modernen Dampfmaschinen ermöglicht wurden.
 So hätte aus dem kleinen Köffel- und Stempelwerkzeugen Krupp
 auch nicht in so kurzer Zeit der erste Großindustrielle Deutschlands
 werden können, wenn Bismarcks Blut und Eisenspolitik nicht die
 Nachfrage nach den Kriegswaffen aus der Essener Fabrik so rasch
 gesteigert hätte. Die technisch-wirtschaftlichen und die weltpolitischen
 Verhältnisse besonders haben Krupps industrielle und kommerzielle
 Unternehmungen angeregt und außerordentlich begünstigt. 1835 be-
 schäftigte er nur erst 888 Personen; das war 29 Jahre nach seinem
 Eintritt in die „Fabrik“. Nur neun Jahre später, 1844, war die
 Arbeiterzahl auf 7817 gestiegen. 1878 waren es 17000. Das deutsch-
 französische blutige Ringen brachte der Kammerfirma kolossale Auf-
 träge, reiche Gewinne. Millionen wurden erübrigt. Das „Haus
 Krupp“ wurde hoffähig. Kaiser und Könige waren um die Lich-
 tenhagen des einzigen Hoflieferanten, dessen Festzug riefenhaft
 wuchs, während fast alle seine ersten „Handlanger“ in wirtschaftlicher
 Ruine verblieben und nur einige es zur behäbigen Wohlhabenheit
 brachten.

Wieder ein Jahr Hüttenarbeiter„schutz“.

Auch für das Jahr 1911 haben die Hüttenarbeiter in ihren
 Berichten eingeleitet die Wirkungen der Hüttenarbeitergesetzgebung
 vom 19. Dezember 1908 geteilt. Wir haben uns in den Nummern
 29 bis 37 der Arbeiter-Zeitung vom Jahre 1910 und in den
 Nummern 25 bis 27 vom Jahre 1911 mit dem einschlägigen Ergeb-
 nissen der Fabrikinspektorenberichte aus den Berichten befaßt. Nun
 sind drei Jahre unter der Geltung der Hüttenarbeitergesetzgebung
 ins Land gegangen und man kann ziemlich sichere Schlüsse ziehen, als
 es in den ersten Jahren möglich war. Wenn die Fabrikinspektoren
 in ihren Berichten für das Jahr 1909 noch hofften, daß der Pro-
 zent der Hüttenarbeiterbeschäftigten an sich schon für die nächsten Jahre
 geringere Ergebnisse über die Ueberarbeit bringen würde, so ist diese
 Hoffnung nun reiflos zu Grunde getragen. Wir finden ein
 neues Aufsteigen der Ueberarbeitsschichten!
 Das Jahr 1910 hat uns mit den Berichten der Fabrikinspektoren
 diese Erfahrung gebracht und das vergangene Jahr hat sie bestätigt.
 Im Jahre 1909 waren 40 Prozent der in Preußen beschäftigten
 Hüttenarbeiter durchschnittlich zur Ueberarbeit herangezogen worden.

im Jahre 1910: 45,7 Prozent. Die Zahl der Ueberstunden vermehrte
 sich von 1909 auf 1910 um 68,6 Prozent. Für das Jahr 1910
 wurden in den unter die Schutzverordnung fallenden Werken der
 Großeisenindustrie in Preußen 199 863 Arbeiter beschäftigt, wovon
 88 056 durchschnittlich Ueberarbeit geleistet hatten. 42 040 Arbeiter
 hatten durchschnittlich an Sonntagen Ueberarbeit geleistet, das waren
 21,1 Prozent. 19 066 372 Ueberstunden wurden im ganzen geleistet,
 davon 7 691 770 an Sonntagen.

Man konnte gespannt darauf sein, was das Jahr 1911 bringen
 würde. Obwohl die Zahl der beschäftigten Arbeiter auf 207 630
 gestiegen ist, hat doch die Zahl der Ueberarbeit leistenden Arbeiter
 wieder zugenommen und ebenso die Zahl der geleisteten Ueberstunden.
 Besonders zu bedauern ist die starke Zunahme der Ueberarbeit am
 Sonntagen. Im Jahre 1911 wurden 97 988 Arbeiter zur
 Ueberarbeit herangezogen, das sind 47,2 Prozent; an Sonntagen
 leisteten 54 800 Arbeiter Ueberarbeit, das sind 26,4 Prozent. Die
 Zahl der Sonntags u. bezarbeitenden Hütten-
 und Walzwerkerarbeiter ist also um 5,3 Prozent
 gestiegen! Die Zahl der geleisteten Ueberstunden stieg auf
 21 229 372; davon fielen auf die Sonntage 9 438 244! In der Ver-
 mehrung der Ueberarbeit sind hauptsächlich die wichtigsten Bezirke
 der Großeisenindustrie beteiligt. Ueber die Verteilung der Zahlen
 auf die einzelnen Regierungsbezirke gibt nachstehende Tabelle Auf-
 schluß:

Regierungs- bezirke	Anzahl der beschäftigten Arbeiter	Mittel von diesen Ar- beitern haben durch- schnittlich geleistet:		Zahl der geleisteten Ueber- stunden (einschließlich der Sonntage)	
		im ganzen	an Sonntagen	im ganzen	an Sonntagen
Potsdam	2	447	97 921,7	22 500	12 620
Stettin u. Stral.	2	785	69 800	59 700	10 491
Briegitz	4	408	28 600	3 000	7 292
Duppeln	98	88 097	14 950 45,2	9 502 28,7	3 266 029
Magdeburg	4	1 910	5 983,2	4 422,1	6 641
Schleswig	8	322	209 64,9	18 541,9	35 100
Silbesheim	7	4 064	1 886 84,1	1 176 28,9	246 085
Osnabr. u. Würst.	17	4 184	1 808 48,4	4 841 2,8	44 501,7
Münster	2	486	1 79 96,8	9 419,8	34 748
Wiesbaden	288	67 311	26 579 49,8	18 628 25,3	5 695 728
Wormsberg	8	887	1 82 24,9	11 717,6	27 768
Coblenz	30	5 870	1 922 35,8	804 14,9	304 004
Wiesbaden	288	67 311	26 579 49,8	18 628 25,3	5 695 728
Rheinl.	89	4 115	1 884 44,6	8 902 21,1	3 85 113
Essen	145	26 533	10 235 38,6	6 044 22,8	2 089 192
Machen	8	4 817	2 236 48,0	1 414 29,0	476 266
Zusammen	391	207 630	37 939 47,2	24 800 26,4	21 229 372

In den Berichten der Fabrikinspektoren ist diesmal die Trennung
 der Werke in eigentliche Hütten- und Walzwerkebetriebe und in Repa-
 raturwerkstätten in weitergehendem Umfange durchgeführt als im
 Jahre 1910. Die Zahl der Ueberstunden ist für alle Werkabteilungen
 verglichen je nach der Dauer der Ueberarbeit von weniger als einer
 Stunde bis mehr als sieben Stunden, und in jeder Einzelrubrik ist
 die Sonntagsüberarbeit besonders erfaßt.

Ueber das zahlenmäßige Verhältnis der in Tag- und Nacht-
 schicht Arbeitenden zur Gesamtarbeiterzahl sind aus eines
 Reihe von Bezirken Mitteilungen gemacht worden.

Vom Arnberger Bezirk heißt es: Von etwa 54 300 Ar-
 beitern, die in den Anlagen der Großeisenindustrie beschäftigt werden,
 sind etwa 28 560 (52,6 Prozent) in regelmäßigen Tag- und Nacht-
 schichten beschäftigt, und zwar etwa 987 (3,5 Prozent) in achtstün-
 digen, die übrigen in zwölfstündigen Schichten. Die Zahl der
 Arbeiter, die in Großeisenbetrieben zu regelmäßigen Tag- und Nacht-
 schichten herangezogen werden, schwankt im Verhältnis zur Gesamt-
 zahl je nach der vorherrschenden Art der Betriebe.

Im Bezirk Siegen zum Beispiel werden 71,5 Prozent aller
 in den Werken der Großeisenindustrie beschäftigten Arbeiter zu Tag-
 und Nachtschichten herangezogen. Im Bochumer Bezirk wurden
 von 9683 in der Großeisenindustrie tätigen Arbeitern nur 2792
 (28,8 Prozent) ständig in regelmäßigen Tag- und Nachtschichten mit
 Herstellungsbetrieben beschäftigt, und etwa weitere 200 Arbeiter
 (2 Prozent) vorübergehend in ganzen Nachtschichten Reinigungs- und
 Reparaturarbeiten verrichten.

Von den 20 Wals- und Hammerwerken im Bezirk Aachen
 sind mit zusammen 2352 Arbeitern beschäftigten 8 Betriebe 862
 Arbeiter in zwölfstündigen Tag- und Nachtschichten und 275 Ar-
 beiter in achtstündigen Schichten mit regelmäßigem Schichtwechsel.

Im Bezirk Koblenz wurden 2747 Arbeiter oder 51,1 Proz.
 in regelmäßigen Tag- und Nachtschichten beschäftigt.

Im Bericht für Ober-Schlesien heißt es, für das An-
 fangswort der Ueberarbeit komme allein die Sonntags-
 tagsarbeit in Frage; dies kennzeichne deutlich das Bestreben
 der Betriebsleiter, die Ueberarbeit möglichst an den Sonntagen
 auszuführen zu lassen, da den Leuten dann in der Regel eine ange-
 nehme Ruhezeit bis zum Beginn der Schicht am Montagmorgen
 verbleibe. Wenn das der Effekt bei der Sache sein soll, ist es ironisch
 genug und die Hüttenleute haben allen Anlaß, sich gegen diese „Rege-
 lung“ mit Händen und Füßen zu sträuben. — Aus dem Bezirk
 Schleswig wird die Vermehrung der Sonntagsüberstunden angeben.

Vom Osnabrücker Bezirk wird gemeldet, daß beabsichtigt
 gemein sei, auf einem Hochofenwerk wegen Mangel an Arbeitern
 die zwölfstündige Schicht stattdessen achtstündigen
 einzuführen. Auf den dringenden Wunsch der Arbeiter sei
 es aber unterblieben.

Ein gewaltiges Emporschnellen der Ueber-
 arbeitsstunden wird aus einigen Werken in Westfalen
 gemeldet, so bei einem Hammerwerk des Wittener Bezirks von
 12 368 auf 29 457, in den Walzwerkabteilungen eines Gußstahlwerks
 des gleichen Bezirks von 9981 auf 29 375, in einem Walzwerk des
 Unnaer Bezirks von 5487 auf 46 775. Das ist mit der
 Herabminderung der Ueberarbeit ganz gut geht, wird unter anderem
 daran klar, daß in einem Walzwerk des Sjerlohner Bezirks
 nach dem Aufheben eines Meister, der es wegen Ertran-
 kung wohl nicht allzu genau mit der Ueber-
 wachung der Ueberarbeit genommen hatte, die
 Ueberarbeit trotzdem von 605 Stunden im Oktober auf 124 Stunden
 im November sank. Recht problematisch war die Herabsetzung der
 Arbeitszeit der Gießer eines Hüttenwerks von 13 auf 12 Stunden.
 Es heißt, daß „die Gießer“ namentlich an Gießtagen mit dieser
 Zeit nicht auskommen seien. „Nunmehr mußte aber die 12 Stunden
 übersteigende Arbeitsdauer als Ueberarbeit in das Verzeichnis auf-
 genommen werden.“ Auch ein „Schicksal“!

Im Bezirk Münster leistete ein Schloffer in drei Monaten
 42, 26 und 24 Ueberstunden. Auf dem Weichling hatte ein Arbeiter
 in drei Monaten 70, 93 und 58 Ueberstunden. An Sonntagen machte
 ein Schloffer in drei Monaten 44, 46 und 54, zwei andere je 40, 36
 und 54 Ueberstunden.

Im Regierungsbezirk Silbesheim waren von 536 Feuer-
 arbeitern 54,7 Prozent an der Ueberarbeit beteiligt. „Der geringste
 Prozentfuß der zu Ueberstunden herangezogenen Feuerarbeiter entfiel

mit 11,4 Prozent auf das Marktwert, der größte mit 67,6 Prozent auf das Produktionswert.

Wichtiger Bestandteil ist eine Firma im Düsseldorf-Bezirk, die für die Sozialdemokraten geworden. Diese Firma hatte einen Mangel über die Zulässigkeit der Entladung von Eisenbahnwagen am Sonntag bei dem Gewerkschaftsleiter angefragt und diese mit dem „öffentlichen Interesse an der Vermeidung des Wagenmangels“ als auch mit der Notwendigkeit, Störungen in der Wiederaufnahme des Werktagbetriebes zu vermeiden, begründet. Der Firma wurde das zugestanden, mit dem Hinweis, „daß die Einwirkung dieser sonntäglichen Ueberarbeit in das Ueberstundenverhältnis unerlässlich sei“. Davon wollte aber die Firma nichts wissen, sie schob Einpruch, „weil sie nicht Lust habe, der Sozialdemokratie durch Verzerrung ihres Ueberarbeitsverzeichnisses die Mittel zu der bekannten Agitation an die Hand zu geben“. Die Gewerkschaftsleiter blies fest, und die Sozialdemokratie fürchtende Firma blieb auch fest; die Bahnverwaltung fand dann einen Ausweg aus dem Dilemma durch ihre Hoffnung, „auch ohne die Hilfe des Werkes auszukommen“. So war denn in diesem Falle die Furcht vor der Sozialdemokratie wieder einmal „ein ganz nützliches Moment“!

Aus dem Bezirk Trier wird von einer Verkürzung der Hauptpausen in 220 „Nachtstellen“ berichtet. Beachtenswert sind die folgende Ausführungen: „Was die Art dieser Nachfälle anlangt, so sagen die Umstände, wie wiederholte Nachprüfungen ergeben haben, niemals so, daß ein außerhalb stehender Sachverständiger in den einzelnen in Frage kommenden Fällen die Ansicht hätte vertreten können, daß die vorgenommenen Pausenverkürzungen nicht dringend notwendig gewesen wären. Es besteht jedoch kein Zweifel darüber, daß die Notwendigkeit, in solchen Fällen die Pausen zu kürzen, vielfach dadurch abgewendet werden könnte, daß die Zahl der für eine bestimmte Funktion bereit gehaltenen Leute vermehrt, oder Reservebemanningen gehalten werden.“

Das trifft den Nagel auf den Kopf. Wir haben diese einfache und naheliegende Wahrheit ja immer betont. Jedoch der Profit, wegen dieser Regelung sprechen allerdings die entstehenden Unkosten und der Umstand, daß bei den bestehenden, auf der Produktionsmenge basierenden Gruppenabreden leicht Schädigungen der Arbeiter im Lohn entstehen könnten, heißt es weiter im Bericht. Die Gruppenabrede wie die anderen Löhne können natürlich leicht aufgehoben werden und es wäre bloß zu untersuchen, ob die Gewinne der Güterherren das betragen können. Im allgemeinen können sie es ganz gewiß.

Aus dem Bezirk Opatowitz wird ein Fall erwähnt, wie schwer es gelegentlich die Arbeiterchaft dem Betriebsleiter mache, „die zu ihrem Schutze erlassenen Gesetze zu erfüllen“. Nach vorausgegangenem Feterlagen kamen 36 Arbeiter eines Hüttenwerkes nicht zur Arbeit; die abtretende Belegschaft hatte eine 24stündige Wochenschicht hinter sich. So mußte ein Hüttenwerk vorläufig außer Betrieb gesetzt werden. Das war nicht gerade der Uebel größte, aber solche Kalamitäten kommen ja gerade dort am ehesten vor, wo die Arbeitszeit im allgemeinen zu lang ist! Bei kurzen Arbeitszeiten gewöhnen sich die Arbeiter viel leichter an eine geschlossene Ordnung. Mögen also die Gewerbetreibenden den Unternehmern Vorwürfe machen, da sind sie zuerst angebracht! Viel zu selten — fast gar nicht — legt man etwas ernstliches über eine Beschränkung der Arbeitszeit und dergleichen.

Wie eine Reihe zwischen Schäden mutet es an, wenn aus dem Bezirk Trier berichtet wird, daß zehn mit nur am Sonntag vorzunehmenden Reparaturarbeiten beschäftigten Arbeitern an Stelle der Sonntagsruhe eine 24stündige Wochenschicht eingebracht wurde.

Ein besonderer Grund für die Ueberstunden wird aus dem Osnabrücker Bezirk erwähnt: „Viele Arbeiter, besonders die aus den umliegenden Ortschaften, bewirtschaften nach der Arbeitszeit noch ein Stück Garten oder Ackerland und können diese Arbeiten nur bei Tageslicht ausführen. Um nicht an Verdienst Einbuße zu erleiden, sehen die Arbeiter darauf, daß sie, wenn es irgend anging, eine Nacht durcharbeiten können, damit sie an dem folgenden Tag für ihre Landwirtschaft frei sind.“

Die Berliner Metall- und Maschinenindustrie im Jahre 1911.

Rafsch hat die Berliner Handelskammer dem ersten Teil ihres Jahresberichts den zweiten folgen lassen, der über die einschlägigen Verhältnisse auch die Arbeiter interessierende informative Mitteilungen macht. Geradezu als ein selten einseitiger Zug erscheint die in den Sonderdarstellungen immer wiederkehrende Feststellung, daß das Berichtsjahr ein beständigstes Geschäftsjahr war. So wird die Lage der Eisengießerei als eine bessere als 1909 bezeichnet. Der Umsatz vergrößerte sich und auch die Verkaufspreise erfuhren eine Steigerung, allerdings nur in „bescheidenem Grade“. Und darum sei der „Geschäftserfolg“ noch immer nicht befriedigend gewesen“, wird gesagt. Die Illustrationen zu solchen Klagen bilden die Geschäftsabwände der Aktiengesellschaften mit ihren Millionengewinnen, hohen Dividenden und fetten Zankämen.

Erwähnt wird auch der Formerstreik, der anfangs Oktober ausbrach, zwei Monate andauerte und dem Geschäft eine empfindliche Störung brachte, deren Einwirkung über das Berichtsjahr hinausgeht, da während der Zeit des Streiks eine große Zahl von Modellen in die Provinz gingen und zu beschaffen sei, daß die Kundschäft sich nicht ohne weiteres wieder zu den Berliner Gießereien zurückfinden wird.“

Es ist also doch eine ernstlich bedenkliche Sache, die Arbeiter durch Mangel an Nachgiebigkeit und Entgegenkommen in den Streik zu treiben. Ob aber die davon betroffenen Unternehmer daraus etwas lernen und von der gegebenen Lehre die praktische Anwendung machen werden?

Kehnlück klagen die Schülern der Verhältnisse in der Branche der Eisenkonstruktionen, die erhöhten Absatz fanden, aber nicht auch entsprechenden Nutzen abwarfen, „da die Preise des Fertigfabrikats nicht genügend den gesteigerten Erzeugungskosten Rechnung trugen“.

Und dann heißt es weiter: „Die schwerste Schädigung erlitt das Geschäft durch Bewegungen auf dem Arbeitsmarkt. Im Mittel waren etwa 2000 Mann — in den Ausfall. Derselbe endete nach etwa sechs Wochen; den Arbeitern wurde eine Verkürzung der täglichen Beschäftigungszeit von 10 auf 9 1/2 Stunden und eine fünfprozentige Lohnerhöhung zugestanden. Dem Streik der Werkstättenarbeiter folgte der Ausfall der technischen Angestellten, der am 1. Oktober einsetzte und erst am 8. Dezember sein Ende erreichte, ohne daß aber die Forderungen der Ausständigen bewilligt wurden. Daß diese Arbeitsunterbrechungen erhebliche Verluste für alle Beteiligten herbeiführten, braucht nicht hervorzuheben zu werden. Während des Streiks ergab sich naturgemäß eine starke Arbeitslosigkeit, die nach Beendigung des Streiks zur Anwendung von Ueberstunden,

Rachschichten zu führte und so das Bild einer Hochkonjunktur vorläufige. Inzwischen waren aber zahlreiche Aufträge den Berliner Fabriken verloren gegangen, da sie die Dauer des Streiks nicht hatten voraussehen können und deshalb nicht imstande gewesen waren, die vorgeschriebenen Lieferfristen zu gewährleisten.“

Was auch dieser Fall ist eine dringende Warnung an die Unternehmer, es nicht immer bis zum äußersten kommen zu lassen, sondern lieber im eigenen Interesse sich mit den doch nichts unumgängliches fordernden Arbeitern und Angestellten zu verständigen.

Der allgemeine Maschinenbau sei in einer ungünstigen Lage gewesen. Das Auslandsgeschäft war beeinträchtigt durch die in verschiedenen Staaten aufgetretenen politischen Wirren. Dazu kamen ferner die Bevorzugung der einheimischen Industrie in verschiedenen ausländischen Staaten sowie weitere Zollserhöbungen, wie zum Beispiel in Japan.

Gegen Ende des Jahres trat eine Besserung des Geschäfts ein. Zu bemerken ist im allgemeinen, daß der Absatz von Dampfmaschinen infolge der Konkurrenz von Dieselmotoren, der Turbinen und der elektrischen Ueberlandzentralen nachgelassen hat. Die Preise der Fertigarbeiten sind noch weiter heruntergegangen, so daß einzelne Firmen die Herstellung von Betriebsmaschinen ganz aufgegeben haben. Was den Dampfmaschinenbau betrifft, so wird die Vertiefung von Großwasserräumen, besonders in der Nähe der Großstädte, andauernd geringer. Infolge der vermehrten Anwendung von Elektrizität, die den kleinen Betrieben durch die Ueberlandzentralen geliefert wird, werden nur noch größere Maschinenaggregate aufgestellt. Für diese werden die leistungsfähigeren und weniger Raum brauchenden Wasserrohrkessel verlangt, unter denen sich, weil möglichst große Raumersparnis erzielend, als Spezialtyp der Steinkohlekessel auszeichnet hat.

In Groß-Berlin, wo wegen der starken Konzentration der elektrischen Industrie ein umfangreicher Bedarf an Arbeitskräften vorhanden ist, muß die Maschinenindustrie, um

Wo die geschriebene Verfassung nicht der wirklichen entspricht, da findet ein Konflikt statt, dem nicht zu helfen ist und bei dem unbedingt auf die Dauer die geschriebene Verfassung, das bloße Blatt Papier, der wirklichen Verfassung, den tatsächlich im Lande bestehenden Machtverhältnissen, erliegen muß.

Keine Fahne, die hundert Schlachten mitgemacht hat, kann so zerfetzt und durchlöchert sein, wie unsere (die preussische) Verfassung! Lassalle, Politische Aufsätze.

sch diese zu sichern, „verhältnismäßig hohe Löhne“ zahlen. Durch eine möglichst billige Fabrikation sucht sie das Opfer wieder einzubringen. Demen diesem Zwecke stieg die Neuorganisationen im Betrieb, ferner ständige Erneuerung und Ergänzung des Werkzeugmaschinenparkes, so machen solche Aufwendungen wieder bedeutende Mittel erforderlich. Nur so ist es möglich, mit Erfolg der Konkurrenz zu begegnen, wobei noch ins Gewicht fällt, daß der Wettbewerb der Elektrifizierung in neuerer Zeit sehr gewachsen ist.

Im Ubrigen stand das Berichtsjahr im Zeichen von Lohnbewegungen. Die Forderungen der Arbeiter, die von den Arbeitgebern nicht gewährt wurden, führten schließlich in Groß-Berlin zu einem Streik der Former, der am 7. Oktober dieses Jahres einsetzte. Bald nachher legten auch die Dreher und Fräser die Arbeit nieder, und es spitzte sich die Situation so zu, daß durch den Mangel an Guß und die Weigerung der Arbeiter, fremden Guß zu bearbeiten, die im Verband Berliner Metallindustrie vereinigten industriellen Firmen sich veranlaßt sahen, zur Unterstützung der vom Streik betroffenen Mitglieder ihres Verbandes eine Aussperrung von 60 Prozent ihrer gesamten Arbeiterchaft vorzunehmen. Die Aussperrung erfolgte am 30. November. Die Arbeit wurde aber bald wieder aufgenommen —, nachdem die Unternehmer Zugeständnisse gemacht hatten.

Die Lokomotivfabriken waren nicht voll beschäftigt, da auch die bezüglich den Bestellungen der preussischen Staatsbahnen nicht genügend waren. Der Wert der deutschen Lokomotivenausfuhr, der im Vorjahr etwa 32 Millionen Mark betragen hatte, stieg zwar auf 45 Millionen Mark, also um 40 Prozent, doch konnte diese Erhöhung den Anstieg der im Inlandsgeschäft ergab, nicht völlig ausgleichen. Die Verkaufspreise waren niedrig, die starke Konkurrenz ließ erhöhte Forderungen nicht aufkommen.

Im Gegensatz dazu war die Geschäftslage im Werkzeugmaschinenbau befriedigend. Bei reger Nachfrage während des ganzen Jahres stiegen die Preise für die Fertigfabrikate. Das Exportgeschäft hat sich gehoben. Sehr lästig empfunden wurden die strengen Zollvorschriften und Zollstrafen der französischen Zollverwaltung. Die Konkurrenz amerikanischer Werkzeugmaschinen war nicht mehr so drückend wie in früheren Jahren. Die Ueberzeugung, daß der deutsche Werkzeugmaschinenbau imstande ist, auch hochgestellte Ansprüche zu befriedigen, hat sich mehr und mehr durchgesetzt. In dieser Beziehung ist die Brüsseler Weltausstellung von nachhaltigem Erfolg gewesen.

Die Absatzverhältnisse für Triebwerke waren günstig. Im Februar setzte der Aufschwung ein, der in jedem folgenden Monat eine Verstärkung der Geschäfte brachte, so daß in der Sommerzeit mit Ueberstunden gearbeitet werden mußte. Allerdings war die Regelmäßigkeit des fließenden Geschäfts zum Teil dadurch zurückzuführen, daß fast überall, besonders in Sachsen und Thüringen, Streiks ausbrachen und zeitweilig die dortigen Maschinenfabriken stilllegten. Andererseits war aber auch eine bessere Konjunktur zu verzeichnen, weil Bedürfnisse aus allen Industrien sich geltend machten und Projektionsarbeiten für Erweiterungs- und Neubauten in wesentlich gesteigertem Verhältnis herauskamen. Eine Aufbesserung der Preise für die Fabrikate war indessen nur in geringem Maße zu erreichen.

Es hat sich dabei offenbar nicht um die Ausführung von Streikarbeit durch Berliner Fabriken gehandelt, sondern um die direkten Aufträge der Besteller, die in den bestreikten sächsisch-thüringischen Fabriken nicht ausgeführt werden konnten.

Das Geschäft in Aufzügen und Kranen hat sich im Jahre 1911 recht flott gestaltet. Immerhin wurde es von den Arbeitseinstellungen in den Eisenkonstruktionswerkstätten und Gießereien ungünstig beeinflusst.

Aus der Branche der Heizungs-, Lüftungs- und Badeanlagen wird berichtet, daß es „viel Arbeit und wenig Verdienst“ gab. Sommerhin wurden die Preise und die Arbeitslöhne erhöht.

Der Absatz an landwirtschaftlichen Maschinen, der früher von Jahr zu Jahr stieg, stagnierte in 1911 infolge der anormalen Witterungs- und Ernteverhältnisse. Auch die Viehzüchter wirkten nachteilig. Bemerkenswert ist die Feststellung des Aufschwunges der Maschinenindustrie in Russland, was natürlich gleichbedeutend mit der Zurückdrängung des Importes der ausländischen Maschinenindustrie ist. Die Arbeitslöhne seien erhöht worden, auch

die Rohmaterialienpreise gestiegen, während angeblich die Verkaufspreise diesen erhöhten Unkosten nicht angepasst werden konnten.

Das Geschäft in Blech- und Holzbearbeitungsmaschinen war befriedigend; in Textilbereidungsmaschinen ja nach der Branche befriedigend oder ungenügend; in Zündholzmaschinen ganz unbefriedigend, besser hingegen in Eis-, Näh- und Schreibmaschinen, in Pumpen und Bergwerksmaschinen sowie Kompressoren. Die meisten dieser Branchenberichte klagen über den Schaden, den den betroffenen Unternehmern der Formerstreik zufügte. Es ist also ein großer Kreis von Interessenten, die durch solche Kämpfe in empfindliche Mitleidenschaft gezogen werden und die daher die friedliche Verständigung zwischen Unternehmer und Arbeiter wünschen müssen, zu der die letzteren bei nur einigen Entgegenkommen der Herren immer bereit sind. (Schluß folgt.)

Die Bekämpfung der Arbeiterbewegung durch das Reichs-Marineamt.

Im vorigen Sommer beschäftigte sich das Reichs-Marineamt in Konferenzen mit den Oberverwaltungsstellen mit der Frage der Angehörigkeit der Werftarbeiter zu den freigezwecklichen und politischen Organisationen. Es liegt sehr nahe, anzunehmen, daß das Reichs-Marineamt, wie es selber bei der Erklärung in der Post von den betreffenden Reformministerien mit allen Mitteln zur Durchführung zu bringen versucht wird, in den Kreis der Erweiterungen gezogen wurde. Gar zu gerne hätte der Herr Staatssekretär der Marine einen ähnlichen Zustand herbeigeführt und die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften aus den fiskalischen Werftbetrieben ferngehalten. Aber man mußte sich überzeugen, daß ein solches Beginnen an der Unüberführbarkeit scheitern würde, weil die Werftarbeiter sich nicht widerstandslos ihre gesetzlichen und Menschenrechte nehmen lassen würden. Besonders aber kommt auch beim Kriegsschiffbau eine hochintelligente Arbeiterchaft in Frage, die nicht so leicht ersezt werden kann. Man griff deshalb zu anderen Mitteln, sich willkürliche und gefügige Elemente zu züchten. Das Hauptaugenmerk wurde auf die Zehrlinge gerichtet; diese sollen durchweg zu späteren technischen Ausschichtsbeamten herangebildet werden. Mit diesem Kader hofft man die Zehrlinge und späteren Handwerker von der modernen Arbeiterbewegung fernzuhalten. Für die Auswahl und „Erziehung“ der als Anwärter für die Beamtenstellen als Werftarbeiter und Werkmänner z. in Aussicht genommenen Arbeiter wurden folgende Grundsätze aufgestellt:

- a) Das Aufsichtspersonal ist namentlich aus den auf der Werft ausgebildeten Zehrlingen zu entnehmen. Ausnahmen sind zulässig a) soweit für einzelne Berufe auf der Werft keine Zehrlinge ausgebildet werden,
- b) für besonders tüchtige (lies nationale) nicht auf der Werft ausgebildete Arbeiter,
- c) für Fachunteroffiziere der Marine.

Die Zehrlinge sollen während ihrer ganzen Wehrzeit nicht nur in bezug auf ihre technische Ausbildung, sondern auch auf ihre Erziehung und ihr außerdienstliches Verhalten sorgfältig überwacht werden.

Über jeden einzelnen wird ein Personalbogen geführt und das außerdienstliche Verhalten der Anwärter als besonders wichtig für die Beurteilung des Mannes bezeichnet. Es soll ihnen wiederholt und einbringlich eingeschärft werden, daß jede Beziehung zur sozialdemokratischen Partei oder zu einer freien Gewerkschaft die Aussicht, Beamter zu werden, endgültig verliert.

Nach zurückgelegter Wehrzeit sollen die ausgesuchten Anwärter zur Erweiterung ihrer Kenntnisse zwei Jahre in geeigneten Privatbetrieben tätig sein und es wurde als zweckmäßig bezeichnet, mit bestimmten Privatwerken Abkommen zu treffen, damit die Anwärter nicht in verkehrte Finger geraten und die Werte derselben überleben und über ihre Führung berichten.

Folgende Firmen haben sich bereit erklärt, die von den kaiserlichen Werften nach beendigter Wehrzeit überbotenen Anwärter für das Werftaufschichtspersonal bei sich, soweit Platz und Arbeitsgelegenheit vorhanden, während etwa zwei Jahren zu beschäftigen, ihnen Gelegenheit zu geben, sich nach Möglichkeit in ihrem Handwerk weiter auszubilden und sie während dieser Zeit besonders im Auge zu behalten:

1. Stettiner Maschinenbau-Aktiengesellschaft Vulkan, Niederlassung Hamburg.
2. Krupp'sche Germaniawerft, Kiel.
3. Meierwerk, Bremen.
4. Blohm & Voß, Hamburg.
5. Sozialwerke, Kiel.
6. Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg, Niederlassung Augsburg.
7. Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg, Niederlassung Nürnberg.
8. Siemens-Schuckert.
9. Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft.

Nach Ablauf der Beschäftigungszeit wollen die Firmen über Leistung und Führung der Anwärter und über deren außerdienstliches Verhalten auf Erfragen der kaiserlichen Werft ein Zeugnis ausstellen, wenn die betreffenden Personen wieder in den Dienst der Werft treten. Die Wiederannahme als Anwärter in den Marineamt soll jedoch nur dann erfolgen, wenn nach Ablauf der privaten Beschäftigungszeit das ausgesuchte Zeugnis in jeder Hinsicht günstig lautet. Jeder Wechsel des Aufenthaltsortes ist der kaiserlichen Werft zu melden.

Als Dank für ihr Entgegenkommen hat das Reichs-Marineamt den Firmen gegenüber sich zu Gegenleistungen bereit erklärt, falls bei ihnen ähnliche Wünsche bezüglich der Weiterbildung bestehen sollten. Von der Werft Wilhelmshaven waren Bedenken geäußert worden gegen die Verrechnung der Zehrlings- und Beamtenausbildung. Das Reichs-Marineamt antwortete darauf, daß es diese Bedenken nicht teile. Die verbesserte Zehrlingsausbildung kostete allen Zehrlingen zugute und die Aussicht, Anwärter auf einen späteren Werftzweckposten zu werden, würde die tüchtigsten Elemente unter den Zehrlingen zu bestem Eifer und Fleiß anspornen. Es erlaube notwendig, die Anwärter so früh wie möglich, schon während der Zehrlingszeit, auszubilden, um ihnen eine systematische Ausbildung zuteil werden zu lassen und sie von Anfang an von sozialdemokratischen Bestrebungen fernzuhalten. Das Eintreten eines Mißverhältnisses zwischen der Zahl der Anwärter und den in Betracht kommenden Beamtenstellen wird nicht befürchtet.

Es ist klar ersichtlich, daß in erster Linie nicht die sachliche Ausbildung, sondern die moderne Arbeiterbewegung zu bekämpfen, das Ziel einer derartigen Erziehungsmaßnahme ist. Der Anreiz zu einer geradezu ins Ungemessene steigenden Vermehrung der Ausschichtsbeamten wird es mit sich bringen, daß das gegenwärtig schon bestehende Mißverhältnis zwischen der Anzahl der Beamten und Arbeiter ein noch wesentlich größeres wird. Bereits im Jahre 1909 waren bei 7100 Arbeitern 32 Offiziere und 994 Beamte auf der kaiserlichen Werft Wilhelmshaven vorhanden. Auf den gesamten

Reichsvertreter kam auf 7,4 Arbeiter ein Beamter. Demgegenüber ist das Verhältnis auf den deutschen Privatwerken ein ganz anderes. Bei Blohm & Co. und beim Bremer Vulkan kommt auf 10 Arbeiter ein Beamter, auf der West in Flensburg auf 17 Arbeiter, auf den Gomboldswerken auf 12 Arbeiter, beim Stettiner Vulkan auf 14 Arbeiter ein Beamter. Auf den englischen Werften soll nach den Angaben des Marineamts auf 11 Arbeiter ein Beamter kommen, nach den Behauptungen eines höheren Marineoffiziers aber erst auf 30 Arbeiter. In Wilhelmshaven werden gegenwärtig bei 9000 Arbeitern 39 Offiziere und über 1200 Beamte beschäftigt.

Es wird Aufgabe des Reichstages sein, dieser Angelegenheit ein besonderes Augenmerk zuzuwenden.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 26. Mai der 22. Wochenbeitrag für die Zeit vom 26. Mai bis 1. Juni 1912 fällig ist.

Untersuchungsverfahren gegen W. Widmann, Geschäftsführer der Verwaltungsstelle Göttingen.

In dem Verfahren, das dieser gegen sich selbst beantragt hatte und auch durch eine Beschwerde der Mitglieder Wilhelm Ritter, Ph. Nagel, Wilhelm Sattler und Aug. Stöckle in Göttingen veranlaßt worden ist, hat die aus Karl Severing (Bielefeld) als Vorsitzendem, Friedrich Fried und Karl Schneider (Göttingen) als Beisitzern des Schuldisziplin, Ernst Meiche (Jellbach) und J. W. Becker (Schwab. Gmünd) als Beisitzern der Beschwerdebüro zusammengesetzte Kommission in ihrer am 6. und 7. Mai im „Dreifönig“ zu Göttingen abgehaltenen Sitzung auf Grund eingehender Verhandlung einstimmig wie folgt entschieden:

„Die Kommission ist der Meinung, daß die bei der Beweisaufnahme festgestellten Verstöße nicht ausreichen, um die Qualifikation des Kollegen Widmann zum Verbandsbeamten in Zweifel zu ziehen.

Ebenso wenig ist das Ergebnis ausreichend, um das Vorgehen der statutenwidrig einberufenen Mitgliederversammlungen zu rechtfertigen.

Eine Entscheidung überläßt die Kommission den Vorstand.“ Der Vorstand hat sich in seiner letzten Sitzung der Auffassung der Kommission mit der Abweisung angeschlossen, daß nach der Beweiserhebung dem Geschäftsführer Widmann Verstöße überhaupt nicht zur Last gelegt werden können, sondern daß nur einige Maßnahmen Widmanns festgelegt worden sind, deren Zweckmäßigkeit angezweifelt oder auch bestritten werden kann.

Von den zehn gegen Widmann erhobenen Beschwerdepunkten konnte die Kommission nur folgende vier als nicht ganz grundlos bezeichnen:

1. (Punkt 1 der Beschwerde): In einer Fabrik war nach einem Streik die Vereinbarung getroffen worden, daß sämtliche Streikende Lohnzulage erhalten sollten. Später eintretende, nicht am Streik beteiligte Arbeiter beklagten sich in einer Fabrikerversammlung darüber, daß sie nicht nach den Vereinbarungen bezahlt würden und verlangten Abhilfe. Widmann erklärte, daß nach den Abmachungen der Fabrikant nicht dazu verpflichtet sei, er (W.) aber nichtsdestoweniger versuchen wollte, etwas für die Kollegen zu erreichen. Die Kollegen sollten in den einzelnen Abteilungen Listen der nicht Berücksichtigten aufstellen und er wolle dann vorstellig werden. Die Auffstellung solcher Listen durch die Kollegen in den Werkstätten erfolgte nicht und mithin unterließen weitere Schritte durch W. Die Kommission macht Widmann zum Vorwurf, daß er nicht selbst Listen zur Einreichung ausgeben hat.

2. (Punkt 2 der Beschwerde): In einer Brauereiversammlung der Formier wurde beschlossen, am Stimmabgabe der Reichstagswahl nachmittags nicht zu arbeiten. Widmann erließ daraufhin Zirkulare an die Vertrauensmänner, mit der Aufforderung, für Freigabe dieses Nachmittags zu wirken. Einige Kollegen feierten ohne Genehmigung, hatten Nachtel davon und verlangten Übernahme der Konsequenzen durch den Verband. Widmann lehnte das ab, machte es nach dem Statut auch ablehnen. Die Kommission erblickt in der Herausgabe des Zirkulums eine Unvorsichtigkeit, weil dadurch der Glaube erweckt wurde, als ob der Verband dahinter stehe.

3. (Punkt 3 der Beschwerde): Über die Generalversammlung der Verwaltungsstelle Göttingen war ein Bericht in der Metallarbeiter-Zeitung erschienen, durch den sich einige Kollegen in der Öffentlichkeit herabgesetzt fühlten und der auch den Tatsachen nicht entspricht haben soll. Die Kommission hat durch die Beweiserhebung nicht festgestellt, daß Widmann den besprochenen Teil des Berichts geschrieben hat, hält ihn aber dafür verantwortlich, weil er dem Bericht in diesen Teilen nicht widersprochen hat.

4. (Punkt 10 der Beschwerde): Ein Teil der Mitglieder hatte die weitere Beitragszahlung optionalitativ verweigert; Widmann hatte daraufhin deren Mitgliedsbücher eingezogen und eventuell die Einziehung durch einen Rechtsanwalt angekündigt. Die Kommission hält diese Drohung in Anbetracht des gesunkenen Verhältnisses in Göttingen für nicht angebracht.

Danach sind also in dem Untersuchungsverfahren dem Geschäftsführer Widmann weder Verstöße noch Verordnungen nachgewiesen, die — wie die Untersuchungskommission richtig urteilte — seine Qualifikation zum Beamten in Zweifel zu ziehen berechtigten, und daraus ergibt sich, daß zur Abhaltung von Mitgliederversammlungen ohne die Ortsverwaltung kein Anlaß vorlag.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 3 des Verbandsstatuts gestrichelt.

Der Verwaltungsstelle Wetzlarleben 5 g pro Woche am 1. Juli an. Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung katastrischer Rechte zur Folge.

Ausgeschlossen werden nach § 22 des Statuts:

Auf Antrag der Bezirksleitung im westlichen Bezirk:
Der Formier Ludw. Gubry, geb. am 13. Dezember 1887 zu Offenbach, Buch-Nr. 163975, wegen Unterschlagung in St. Georgen.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Bentzen:
Der Formier Josef Jijaja, geb. am 26. Nov. 1865 zu Hohenbrunn, Buch-Nr. 163978, wegen Schädigung des Verbandes.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Göttingen:
Der Schmied Josef Müller, geb. am 15. November 1856 zu Neu Lamm, Buch-Nr. 162752, wegen Fälschungen in seinem Mitgliedsbuch.

Für nicht wiedererwerblich werden erklärt:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Bentzen:
Der Formier Franz Adolf, geb. am 16. Jan. 1862 zu Hohenbrunn, Buch-Nr. 163976, wegen Schädigung des Verbandes.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Dresden:
Der Formier Paul Gahn, geb. am 12. Oktober 1872 zu Niederhain, Buch-Nr. 811309, wegen Strafbuch.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Düsseldorf:
Der Arbeiter Karl Hilgenberg, geb. am 10. März 1877 zu Barmen, Buch-Nr. 190804, wegen Demagogie.

Auf Antrag eines Schiedsgerichts in Wegefeld:
Der Arbeiter Fritz van der Bed, geb. am 13. Nov. 1886 zu Wegefeld, Buch-Nr. 588488, wegen Schädigung der Verbandsinteressen.

Aufforderung zur Rechtfertigung.

Die nachfolgend genannten Mitglieder werden aufgefordert, sich wegen der gegen sie beim Vorstand erhobenen Beschuldigungen zu rechtfertigen. Sofern einer dreimaligen Aufforderung keine Folge gegeben wird, erfolgt Ausschließung aus dem Verband.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Brandenburg:
Der Metallarbeiter Benzel Reichert, geb. am 26. Sept. 1887 zu Hohenbrunn, Buch-Nr. 1238868, wegen betrügerischer Manipulationen mit seinem Mitgliedsbuch.

Der Formier Max Unger, geb. am 22. Okt. 1883 zu Wockwa, Buch-Nr. 1632184, wegen Logischwindeln.

Der Formier Joh. Bierlein, geb. am 25. Dez. 1891 zu Fürth, Buch-Nr. 1661622, wegen Logischwindeln.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Göttingen:
Der Klempner Albert Heyborn, geb. am 27. November 1892 zu Kummerfeld, Buch-Nr. 1644543, wegen Witznahme von Bibliotheksbüchern.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Göttingen:
Der Schmied Hermann Krummel, geb. am 2. Buch-Nr. 862164, wegen unredlichen Verzug von Umzugsunterstützung.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Hagen:
Der Schmied Max Brieger, geb. am 4. Mai 1889 zu Schönleth, Buch-Nr. 1761225, wegen Fälschung in seinem Mitgliedsbuch.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Hendsburg:
Der Formier Louis Bogelbey, geb. am 6. Februar 1881 zu Benningentein, Buch-Nr. 775750, wegen Unterschlagung von Verbandsgeldern.

Gestrichelt wurde:
Buch-Nr. 1764528, lautend auf den Schlosser Feinr. Eggers, geb. am 29. Oktober 1893 zu Hamburg. (E. W.)

Alle für den Verbandsvorstand bestimmten Sendungen sind an den Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Röhrestraße 16a zu adressieren. Geldsendungen adressiert man nur an Jacobo Berner, Stuttgart, Röhrestraße 16a; auf dem Postabschnitt ist genau zu bemerken, wofür das Geld veranlagt ist.

Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Zur Beachtung! • Zugug ist fernzuhalten:

- von Drahtwalzern nach Heitstedt (Kupfer- und Messingwerk) A.;
- von Drahtziehern (Feinziehern) nach Düsseldorf (Wilhelm-Heinrich-Werk) L.;
- von Drechern, Maschinenarbeitern, Schlossern etc. nach Grevenbroich (Fa. Klingelhöffer) St.; nach Pilsen (Erdwerke) D.;
- von Federarbeitern nach Hagen (Firma Krümer & Freund) St.;
- von Feilenhauern und Feilenstreichern nach Chemnitz (Fa. Hiertel und Fa. Lang) St.; nach Hannover-Linden, St.;
- nach Hohenstein-Ernstthal (Fa. Bräuner) L.;
- von Formieren, Gießereiarbeitern u. Kernmachern nach Aachen St.; nach Arnstadt (Fa. B. Kenger & Co.) W.; nach Brackel bei Dortmund (Fa. Schwarz & Co.) W.; nach Düsseldorf (S. Sijth, D.); nach Gevelsberg (Firma R. Schmidt) St.;
- nach Hagen-Bogelberg (Firma Boermann) St.;
- von Gelbmetallarbeitern nach Grünberg i. Schl. (R. Christ & Co., Metallwaren- und Armaturenfabrik);
- von Gold- und Silberarbeitern, Feinern, Ziselieren und Silberarbeitern nach Agram i. Kroatien; nach Liegnitz (Firma Sandig & Co.);
- von Grabmalern nach Liegnitz (Fa. Sandig & Co.);
- von Hartgummiarbeitern nach Berlin (Firma Matthaes) D.;
- von Heizungsmontageuren nach Gelsenkirchen (Fa. Bernh. Weders) W.; nach Jferlohn (Firma M. Pänder) W.;
- von Kettenmaschinen und Hilfsarbeitern nach Jferlohn (Firma Bullen, Kettenfabrik) D.;
- von Klempnern aller Art und Installateuren nach Herford, L.; nach Hirschberg, D.; nach Raumburg a. S., v. St.; nach Wiesbaden; nach Worms, D.;
- von Kupferhämern nach Herford, L.;
- von Metallarbeitern aller Branchen nach Altwasser (Friedrich-Heinrich-Graben) W.; nach Düsseldorf (Firma Malmeby & Co.) D.; (Fa. Gebr. Pönniggen A.-G.) D.; nach Feuerbach (Fa. Greiff & Co.) v. St.; nach Frankfurt a. M., St.;
- nach Geresheim bei Düsselhof (Dreher & Sohn, Drahtzieherei und Stichtfabrik) St.; nach Gölitz (Allgemeine Gesellschaft für Fabrication von Eisenbahnmaterial) St.; nach Göttingen; nach Hagen (Firma Krümer & Freund) St.; nach Hannover, L. St.; nach Herzberg bei Dierode (Wälder Eisenwerk Franz & Co.) D.;
- nach Köthen (Fa. A. Pöschel) D.; nach Launing bei Augsburg (Köbel & Böhm) D.; nach Leipzig (Leipziger Werkzeugmaschinenfabrik normals R. a. Pöhlner, in Bohren-Leipzig) D.; nach Leonberg in Württemberg (Fa. Stöhrer) W.;
- nach Meissen (Firma A. Richter & Co.) D.;
- nach Raumburg (Fa. Ph. Sander) D.; nach Pilsen (Erdwerke); nach St. Pölten (Öst.) (Fa. J. R. Söth, Maschinenfabrik) D.;
- nach Schulau-Redel in Hamburg (Sauerhofffabrik Heyland-Gesellschaft) D.; nach Sorau (Firma Hesel) St.; nach Zepitz in Böhmen (Firma Hirschbrich) St.;
- von Metallarbeitern nach Göttingen;
- von Schiffbauern u. Rietern nach Linz i. Öst. (Schiffswerft) D.;
- von Schleifern nach Verdohl (J. H. Dümmler) D.;
- von Schlossern (Wasschloßler) nach Zürich, St.;
- von Walzwerkarbeitern nach Witten a. Ruhr (Wittener Kupferhämmer, Abt. Drehwalzwerk) D.

(Die mit A. und St. bezeichneten Orte sind Streuländer, die überhaupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streik in Aussicht; L.: Lohn- oder Tarifbewegung; A.: Auslieferung; D.: Differenzen; W.: Maßregelung; W.: Witznahme; R.: Lohn- oder Abforderung u. s. w.)

Alle Mitteilungen über Differenzen, die zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Die Anträge auf Verhängung von Sperren müssen hinreichend begründet und von der Verwaltungsstelle bekräftigt sein.

Vor Arbeitsaufnahme in Orten, wo keine der obigen Anlässe in Betracht kommen, sind die Mitglieder verpflichtet, sich stets zuvor bei der Ortsverwaltung, dem Geschäftsführer oder Bevollmächtigten des betreffenden Ortes über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen. Diese Anträge sind von der Verwaltungsstelle, der das Mitglied angehört, abzugeben zu lassen. Anträge über Orte, wo keine Verwaltungsstelle besteht, sollte man an den Vorstand richten. Das gleiche gilt für alle die, die an ihrem bisherigen Arbeitsort ihre Stelle wechseln.

Korrespondenzen.

Formier.
Hagen. (Zur Formierarbeit.) Seit dem 26. April stehen die hiesigen Formier und Gießereiarbeiter im Streik. Von Mitte Januar bis zum 10. April fanden Verhandlungen über Verhandlungen statt, ohne daß etwas ernstliches herausgehoben war. Die alten Vereinbarungen von Jahre 1906, die Stundenlöhne für Formier von 40 bis 45 g und für Hilfsarbeiter von 30 g vorjahre, waren veraltete Lohnsätze noch zu hoch; in einigen Gießereien wurde auch nicht ein Penny über den niedrigsten Satz von 40 g an die Formier bezahlt, und bei den Hilfsarbeitern konnte man sich überhaupt nicht um die Vereinbarungen. Die neuen Forderungen der

Arbeiter richten sich nach der Dauer der Beschäftigung; es sollen für Formier 45, 55 und 65 g, für Kernmacher 50 und 60 g, für Gießereiarbeiter 45 g und für Hilfsarbeiter 40 g Stundenlohn bezahlt werden. Bei den letzten Verhandlungen machten die Unternehmer ihre letzten äußersten Zugeständnisse: für Formier 45 bis 55 g und für Hilfsarbeiter 32 g. Der Herbedeuf der „äußersten Zugeständnisse“ kan aber zum Vorschein in besonderen „Erklärungen zur Lohnfrage“, die den Unternehmern wieder Tür und Tor öffneten, so daß ihre Zugeständnisse nur in der Luft schwebten. Die Arbeiter machten bei der letzten Verhandlung noch den vergeblichen Versuch, die Einstellungslohn für Formier auf 50 g und für Hilfsarbeiter auf 35 g und für letztere je nach der Beschäftigungsdauer bis auf 40 g zu bringen und den „Erklärungen“ eine andere Auslegung zu geben. Aber vergebens, die Herren lehnten das rundweg ab. Die Arbeiter beschloßen hierauf mit allen gegen 12 Stimmen die Ablehnung der „Zugeständnisse“ und reichten am 12. April die Kündigung ein. Durch Anschläge „An unsere Werksangehörige“ und durch Flugblätter wurden hienauf die Unternehmer dem Streik als Agitationsmittel der Gewerkschaftsführer hinzustellen, sie wollten durch diese Manöver die Arbeiter irre machen. In den Flugblättern wurde auch eine gelbe Organisation propagiert. Der letzte Tag der Kündigungszeit sollte als Tag der Gründung der „Selben“ dienen. Ein einziges Glas Bier, das spendiert wurde, sollte nachhelfen und die notwendige „Überzeugung“ beibringen. Aber alles vergebens; außer 3 Arbeitern waren die Herren Unternehmer bei der Gründung unter sich. Es wurde dann ein neuer Kriegsplan entworfen. Als die Kündigungsfrist zu Ende war, verließen gegen 800 Arbeiter die Betriebe. Man sollte auswärtige Streikbrecherkolonnen, die durch die Firma Lange & Löw (Essen, Leichstraße 14) im Arbeitsmarkt und in sonstigen „vaterländischen“ Zeitungen gesucht wurden, die Nachener Gießereiarbeiter zur Reife bringen. Als Zugmittel wurden Formier 72 g, Gießereiarbeiter 65 g und Hilfsarbeiter 45 g Stundenlohn bei freier Kost und freiem Logis versprochen. Es kam auch allerlei Volk aus allen Ecken unseres Vaterlandes an; auf dem Hauptbahnhof wurden die Leute an die einzelnen Unternehmer verteilt. Von Versprechungen ist aber noch niemand satt geworden, so auch nicht in Sachen die lieben Arbeitswilligen. Die Unternehmer wollen das Versprechen nicht halten. An einem Tage wurden Revolten Arbeitswilliger aus zwei Gießereien gemeldet. Das Gewerbegericht hat sich in den paar Tagen des Streiks schon wiederholt mit Klagen der Arbeitswilligen beschäftigen müssen; durch einen Vergleich mußten die Unternehmer ihren ausgereiffenen Schülungen 60 g (Formier) und 40 g (Hilfsarbeiter) bei Kost und Logis anerkennen. Um aber das Bild zu vervollständigen, wollen wir noch auf das gewissenlose Spiel der Agenten hinweisen. Die Invalidentarier der Arbeiter werden von diesen Menschenhändlern festgehalten; wer es riskiert, davonzulaufen, ist wieder auf die Firma Lange & Löw in Essen angewiesen, um in den Besitz der Papiere zu gelangen. Wenn heute die Leute einer Kolonne geschlossen den Betrieb verlassen, nachdem sie eingesehen haben, daß sie betrogene Betrüger bei der Sache sind — in wenigen Tagen kommt dieselbe Gesellschaft wieder per Bahn an, aber für eine andere Gießerei bestimmt. Alles in allem, die Bewegung der Nachener Gießereiarbeiter steht günstig, die Streikenden sind voller Zuversicht. Das Spiel der Unternehmer hat die Arbeiterschaft gefesselt und den Beweis erbracht, daß unsere Forderungen als sehr bescheiden zu bezeichnen sind, daß sich also auch leicht eine Verständigung finden läßt, wenn nur die Unternehmer wollen. — Einige der Unternehmer treten in provokantester Weise auf, sie glauben, die Arbeiter für rechtlos erklären zu können. Die Streikposten werden von ihnen und den Agenten beiseite gestoßen, damit ihre lieben Schützlinge nur nicht erfahren, warum die Arbeiter im Streik stehen. Die Kriminalbeamten und Schutzleute finden keine Veranlassung, unsere Leute vor persönlichen Angriffen der Unternehmer zu schützen. Als Herren der Situation verfügen diese über Leben und Tod. Am 6. Mai, abends gegen 9 1/2 Uhr, erschien, ohne daß eine Ansammlung oder persönliche Bedrohung stattgefunden, der Gießereibesitzer Bunderhefen vor seinem Betriebe und knallte durch einen Schuß einen auf der anderen Seite auf dem Trottoir gehenden ahnungslosen holländischen Arbeiter nieder. Zu wenigen Minuten hauchte der Arbeiter sein Leben aus. Hieronymus Stroet aus Spanbroek in Nordholland kam arbeitslos nach Aachen. Nachdem es ihm gelungen war, auf der hiesigen Waggonfabrik Arbeit zu finden, suchte er Logis; auf diesem Wege ereilte ihn das Geschick, ein Unternehmer forderte sein Leben. Herr Bunderhefen wurde in derselben Nacht noch verhaftet, jedoch nach wenigen Stunden wieder auf freien Fuß gesetzt, obwohl er aus Privatität ein Menschenleben vernichtete. Der Herr hat an den Tagen vorher mit seinen lieben Arbeitswilligen Schießunterricht abgehalten, um das Ziel sicher zu treffen. Die Nachener Bevölkerung findet es unverstänlich, daß derartige gemeingefährliche Menschen sich auf freiem Fuß befinden. Die Arbeiterorganisationen verantworteten bei der Verdrigung des Erschossenen eine gewaltige Trauerkundgebung. Die organisierte Arbeiterschaft und ein großer Teil der Bürgerschaft ließ es sich nicht nehmen, dem Toten das letzte Geleit zu geben. — Das erste Opfer ist gefallen; das Verhalten der Unternehmer und auch das der Polizei läßt weiter Schlimmes befürchten. Die Arbeiterschaft wird aber Ruhe, eiserne Ruhe bewahren, um alle Scharfmacherpläne zu vereiteln.

Wetter. Die Differenzen bei der Firma Lillmanns & Kellner sind erledigt. Die dort beschäftigten Formier hatten am 25. April die Kündigung eingereicht, weil die Firma sich weigerte, über den Abschluß eines Tarifes zu verhandeln. Als die Firma jedoch eingesehen, daß die Kollegen Mann für Mann nicht gewillt waren, sich einfach abzugeben zu lassen, tauchte bei ihr der Gedanke auf, daß es doch besser sei, sich mit den Arbeitern zu betragen, als es zum Bruch kommen zu lassen. Dadurch, daß die Firma Engels am 6. Mai mit den Arbeitern einen Tarif abschloß, war das Eis gebrochen. Damit war auch den Herren der Gießereibesitzerbewegung klar geworden, daß etwas geschehen müsse. Diese Herren waren nun am Mittwoch den 8. Mai zu der Firma gekommen, dort ließen sie eine Anzahl von Arbeitern ins Kontor rufen und verdrachten, sie breitzuschlagen. Als das erfolglos blieb, rückte die Firma am Nachmittag mit einer Gegenanstellung heraus, auf Grund deren nun verhandelt wurde. Am 9. Mai kam es zum Abschluß, worauf die Formier ihre Kündigung zurückzogen und vom 10. Mai an zu den neuen Bedingungen arbeiteten.

Metallarbeiter.

Dresden. Am 30. April 1912 fand eine Generalversammlung unserer Verwaltungsstelle statt. Zum ersten Punkt hielt Kollege Feldt einen Vortrag über „Das Koalitionsrecht“, der lebhaften Beifall fand. Zum zweiten Punkt erstattete Kollege Söller den Tätigkeits- und Kassenbericht vom 1. Quartal 1912. Daraus war zu entnehmen, daß die Mitgliederzahl im ersten Quartal 1912 von 17 316 auf 18 033 gestiegen ist. Die Entwicklung der Organisation am Orte ist in den letzten Jahren eine sehr gute gewesen. So betrug die Mitgliederzahl am Anfang 1908: 11 000, 1909: 12 000, 1910: 12 500, 1911: 14 900 und 1912: 17 300, am 1. April 1912: 18 033. Es bedeutet dies eine Zunahme von 7000 Mitgliedern in den letzten 4 Jahren. Dabei ist die Beitragsleistung von 47 auf 49,25 Beiträge pro Kopf und Jahr gestiegen. Die Mitgliederzahl der Jugendabteilung betrug am Quartalschluß 1881, davon sind 1122 Verbandsmitglieder. Lohnbewegungen wurden im ersten Quartal in 18 Betrieben mit 2000 Beteiligten durchgeführt. In 5 Betrieben und einer Branche (Wasschloßler) mit circa 1000 Beteiligten war die Bewegung am Quartalschluß noch nicht beendet. Zu Punkt 3 schlug die Verwaltung die Anstellung eines weiteren Beamten vor; der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Strikt. (Unternehmerterrorismus.) Nach echter Scherfmoedermonier geht die Direktion der Firma J. A. Sohn, A.-S., gegen ihre Arbeiter und Angestellten vor, die nicht dem gelben Werkzeu beitreten wollen. Die Firma war unter der gewählten Leitung des Gründers und langjährigen Hauptinhabers des Betriebes, Herrn Sohn, auch in den Kriegsjahren in der Lage gewesen, 10 und 12 Prozent Dividende für jedes Geschäftsjahr zahlen zu können. Die Situation änderte sich sofort, als Herr Sohn nach

und Herr Paul Ruschewey leitender Direktor wurde. Der Herr betreibt als Spezialität die Unterhaltung eines Werksbetriebs. Raum hatte er die Leitung des Werkes übernommen, so brach ein Streik aus, weil sich die Arbeiter dem Anfinnen, in den Werkverein einzutreten, nicht fügen wollten. Die Folge war, daß die Firma im letzten Jahre nur 5 Prozent Dividende verteilen konnte. Außerdem mußte die Generalversammlung der Aktionäre eine Erhöhung des Aktienkapitals, das bisher 1.300.000 M. betrug, um 350.000 M. vornehmen. Jetzt hat Herr Ruschewey den Beamten folgenden Rat gegeben: „Vertraut euch! Wir legen Wert darauf, das Interesse für die Bestrebungen des Werksbetriebs bei allen Stellen in einer Weise aufrecht zu erhalten, daß die Mitglieder die Sympathien aller mittelbar oder unmittelbar Beteiligten auch empfinden. Dazu gehört, daß Versammlungen des Werks oder seiner Kasseneinrichtungen wahrgenommen, daß die Einrichtungen des Werks geordnet werden, und daß für die Vergrößerung des Mitgliederbestandes in angemessenem Sinne gesorgt wird. Sogenanntes neutrales Verhalten können wir nicht billigen, solches Verhalten fassen wir als gegen die geschäftlichen Interessen und gegen die geschäftlichen Pflichten auf. Erfurt, den 20. April 1912. Paul Ruschewey, Hermann.“ Dieses Schriftstück zirkulierte bei den Beamten des Betriebs- und Kommissionsbüros, bei den Meistern und Vorarbeitern; es spricht gegen sich selbst. Die Firma stellt hauptsächlich Babowannen, Gleitkannen, Wafschmaschinen, Wasserreimer, Wafschfelten und andere Haushaltungsgegenstände her, die Fabrikate tragen als Fabrikzeichen einen Schmetterling.

Görlitz. Die Aktiengesellschaft für Fabrikation von Eisenbahnmateriale in Görlitz macht die kampfhaftesten Anstrengungen, den Streik zu erhalten, aber es will nicht gelingen. Das Eingreifen des Agenten R. J. Marek nützt nicht viel. Trotzdem er 150 seiner Leute hierher geschickt hat, kommt die Firma nicht vorwärts, denn die Leute leisten nichts, es sind alles andere als eingearbeitete Leute. Nun versucht sie es mit einem andern Mittel, um die Streikenden einzuschüchtern und irrezuführen und mehr Arbeitswillige zu bekommen. In bürgerlichen Zeitungen steht folgende Notiz: „Görlitz. Der Streik in der hiesigen Lübeck-Waggonfabrik dürfte sich noch lange hinziehen. Es sind 1600 Arbeiter daran beteiligt. Während (1) kommen auswärtige Arbeiter in kleinen oder größeren Trupps an und auch gegen 100 Görlitzer Arbeiter sind bei der Firma in Arbeit getreten. Allem Anschein nach wird der Streik für die Arbeiter völlig ergebnislos verlaufen.“ Diesen Schwindel müssen die bürgerlichen Blätter auch noch honorieren. Von den 100 Görlitzer Arbeitern, die bei der Firma in Arbeit getreten sein sollen, und mit denen doch nur Abtrünnige der Streikenden gemeint sind, kann man sagen: Es war so schön gewesen, es hat nicht sollen sein! Die Streikenden hatten zusammen, daß es so bleibt, dafür sorgt schon die Werksleitung. Der Stand der Bewegung ist jetzt so, daß im Betriebe außer den Mitgliedern des gelben Werksbetriebs die 150 Leute des Berliner Streikführers Rasmarek beschäftigt sind. Nur drei Mann sind von den Streikenden in den sechs Wochen des Streiks umgefallen. Von den 1175 Ausständigen sind 225 abgereist oder anderweitig untergebracht, so daß zurzeit 950 Arbeiter im Ausstande verharren. Wie sehr die Firma bemüht ist, Arbeiter heranzuziehen, geht daraus hervor, daß trotz der 10.000 und mehr Mark für Inzerate und der Hilfe des Rasmarek, auch noch die Meister auf die Arbeiterjude gehen müssen. So statten dieser Tage zwei Meister in Begleitung von drei Rasmarekgehilfen der Stadt Posen ihren Besuch ab. Sie hatten auch außerordentliches Glück bei dem Fischzug. Es gelang ihnen, 30 Mann zu kapern. Als aber die Fahrt nach der schönen Meißelfabrik und zu den Sonntagstischen der Waggonfabrik angetreten werden sollte, fanden sich nur 5 von den 30 dazu bereit. Außer den bekannten Inzeraten nach gelehrten und ungelerten Arbeitern, werden im Arbeitsmarkt des Berliner Lokalanzeigers fleißig vom Berliner Agenten Rasmarek, Berlin, Oriskstraße 7, Leute gesucht, die natürlich vor den anderen „Arbeitswilligen“ den Vorzug haben, daß sie mit 6,50 M. pro Tag und mit freier Station „engagiert“ werden. Es fehlt nur noch, daß infolge der Knappheit solcher Menschen, die ihren ehrlichen Namen als Arbeiter verkaufen wollen, die Rasmarek-Leute noch Forderungen auf Lohn erhöhungen stellen. Die Dinge stehen also so, daß der Streik gute Aussicht auf Erfolg hat, wenn wie bisher der Zugang von wirklich tüchtigen Arbeitern ferngehalten wird. Wir bitten die Kollegen allerorts dringend, dieses zu beachten. Weidese jeder den Betrieb Aktiengesellschaft für Fabrikation von Eisenbahnmateriale in Görlitz.

Schönfelderhammer bei Aue i. Erzgeb. Eine Lohnregulierung hat die Firma E. D. Uerlich in Schönfelderhammer für die im Stundenlohn beschäftigten Arbeiter bekannt gemacht. Während bisher für eine halbe Stunde Frühstück- und Vesperzeit mitbezahlt wurde, wird in Zukunft nur noch für tatsächlich geleistete Arbeitsstunden bezahlt. Daraus macht sich eine Verringerung der Stundenlöhne nötig, da nur noch 10 Stunden pro Tag zur Berechnung kommen. In der Bekanntmachung der Firma heißt es, daß bei fast allen Arbeitern mit dieser neuen Berechnung eine Erhöhung ihres bisherigen Lohnes verbunden sei. Eine solche wäre nun den Arbeitern sehr wohl zu gönnen, denn mit über 30 J. pro Stunde werden nur einzelne entlohnt. Wie aber die angekündigte Erhöhung in Wirklichkeit ausfällt, lehren folgende Beispiele. Wer bisher

11x25	=	erhielt	erhält jetzt	10x28	=	5	pro Tag mehr
11x26	=	„	„	10x29	=	4	„
11x27	=	„	„	10x30	=	3	„
11x28	=	„	„	10x31	=	2	„
11x29	=	„	„	10x32	=	1	„
11x30	=	„	„	10x33	=	—	„

Man ersieht daraus, daß die Firma sehr vorsichtig mit der „Erhöhung“ gewesen ist. Wahrscheinlich ist sie der Meinung, die Arbeiter könnten eine größere Erhöhung nicht vertragen. Da wäre es wohl am Platze, wenn die Arbeiter der Firma selbst einmal Vorschläge zur Erhöhung ihrer Löhne einreichten, um diese mit den erhöhten Preisen der Lebensbedürfnisse in Einklang zu bringen. Leider fehlt aber den Arbeitern der Firma die dazu nötige Organisation. Wann werden sie den Weg zum Deutschen Metallarbeiter-Verbande finden und damit sich die Macht schaffen, eine wirkliche Verbesserung ihrer Löhne zu erreichen? Hoffentlich recht bald, denn die Verhältnisse sind dort in mehr als einer Beziehung sehr verbesserungsbedürftig.

Stenab. Ueber die Zustände in der hiesigen Eisen- und Stahl-Fabrik haben wir schon einigemal berichtet. Eine öffentliche Betriebsversammlung beschäftigte sich am 11. Mai erneut mit diesem Betriebe. Ein großer Uebelstand ist die „Ausbildung“ der Schmelzer. Die Arbeiter erhalten eines oder zwei solcher „Ausbildungs“-objekte und müssen nun versuchen, die zu niedrig angelegten Lohnsätze durch intensive Ausnutzung der hiesigen Arbeitskräfte etwas auszugleichen. Wer einen Lehrling zugeteilt bekommt, ist etwas besser daran als der, der einen Gehilfen bekommt, weil dieser einige Pfennige pro Stunde mehr an Lohn erhält als der Lehrling. Bei solcher „Ausbildung“ lernen nur die wenigsten soviel, daß sie nach der Lehre in der Lage sind, ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Etwas mehr kümmert sich die Betriebsleitung um die Privatbeschäftigung der jungen Leute. Einige dieser Beobachteten sind trotz des bestehenden Lehrvertrages sogar entlassen worden, weil sie der Aufforderung des Betriebsleiters D. u. n., aus dem Arbeiterturnverein auszuscheiden, nicht nachgegeben sind. (Herr D. u. n. spielt in einem bürgerlichen Zirkel die erste Geige.) Nach Beendigung der Lehrzeit verlassen die jungen Leute die Fabrik, sehen aber dann bald ein, leider zu spät, daß die erlangten Fähigkeiten in der „Lehre“ in den meisten Fällen zur Erwerbung des Lebensunterhalts nicht ausreichen. Der Firma ist das ganz angenehm, sie stellt diese jungen Leute auch wieder ein, denn nun sind sie ihr erst recht willkommen, weil sie um geringen Lohn arbeiten müssen. Ein großer Uebelstand ist das Verteilen der Akkordarbeit. Es gibt Leute in diesem Betriebe, die mit diesen Zuständen sehr zufrieden sind, weil sie Arbeiter erhalten, die ihnen guten Verdienst sichern. Es sind dies die

Schmelzer, die Bettfänge anfertigen, eine Arbeit, die von jedem eingearbeiteten Schmelzer verrichtet werden kann, aber eben nur den Bevorzugten zugeteilt wird. Darin liegt die Gefahr; es soll hoch und heilig unter den Arbeitern aufrecht erhalten werden, ferner das Streben nach Einreihung in diese Klasse der Bevorzugten, um Entgelt und Gehaltssteigerung der Arbeiter zu verhindern. Damit keine Gefahr für die Dividende entsteht, werden die höheren Löhne der Bevorzugten durch die schlechten der anderen Arbeiter mehr als ausgeglichen. — Die Ausführungen des Kollegen Daniel in der Versammlung fanden lebhaften Beifall. Die Versammlung versprach, durch Erwerbung der Mitgliedschaft in unserer Organisation den Weg zu beschreiten, bessere Zustände herbeizuführen.

Schlosser.

Dresden. Der alte Vertrag, der am 30. April abließ, ist von den Arbeitern gekündigt worden. Dafür trat am 1. Mai 1912 folgender neuer Tarifvertrag in Kraft: § 1. Arbeitszeit. a) Die tägliche Arbeitszeit beträgt außer Sonntags und Feiertagen mit 9 1/2 Stunden. Die Arbeitszeit kann bei Arbeitsmangel verkürzt werden. Vom 1. Oktober 1913 an beträgt die tägliche Arbeitszeit 9 Stunden und ist um 1/2 Uhr Arbeitslohn zu erhöhen. b) Sonntags und Feiertagen sind unter Wegfall der Vesperpause um 4 Uhr und an den Tagen vor den hohen Festen (Weihnachten, Ostern, Pfingsten) mittags Arbeitslohn zu erhöhen. c) Vesperstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit sind möglichst zu vermeiden und sollen nur in dringenden Fällen gemacht werden. d) Als Überstunden gelten die ersten beiden Stunden nach Beendigung und eine Stunde vor Beginn der normalen Arbeitszeit. Jedoch muß die erste halbe Stunde voll gearbeitet sein. e) Sonntagsarbeit ist alle Arbeit an Sonn- und geschlossenen Feiertagen. — § 2. Lohn. a) Die Lohnzahlung erfolgt freitags, es sind jedoch Vereinbarungen wegen der Sonntagszahlung zulässig. Die Löhne sind als eine halbe Stunde dauernde Wartezeit auf die Lohnzahlung ist als Arbeitszeit zu bezählen. b) Der Mindestlohn beträgt pro Stunde:

im 1. Halbjahr	86	87	88
2. „	41	42	43
3. „	46	48	50
von da bis zum vollendeten 25. Lebensjahre	52	54	55
für Gesellen über 25 Jahre	53	56	60

Neuanfängende Gesellen über 25 Jahre erhalten den Mindestlohn erst eine Woche nach erfolgter Einstellung. Die seit dem 1. März 1912 erfolgten Lohnzulagen können angerechnet werden. c) Alle Gesellen erhalten beim Inkrafttreten des Vertrages eine Lohnzulage von mindestens 3 J. und am 1. Oktober 1913 eine solche von 2 J. Wird durch diese Zulage der festgesetzte Mindestlohn nicht erreicht, so muß dieselbe entsprechend erhöht werden. d) Akkordarbeit ist möglichst einzuführen und wird, wo solche gemacht, der Stundenlohn garantiert. e) Sämtliche Löhne sind Mindestlöhne, tüchtige Arbeiter erhalten entsprechend mehr. f) Für durch Unzulänglichkeiten mangelhafter Arbeiter unterliegt der Lohn der freien Vereinbarung. — § 3. Lohnzusatz. a) Überstunden werden mit 20 Prozent Nacht- und Sonntagsarbeit mit 50 Prozent Zuschlag zum Stundenlohn vergütet. b) Liegt die Arbeitsstelle 3 bis 6 Kilometer (Luftlinie) von der Werkstätte entfernt, so wird das Fahrgehalt für tägliche Fahrt und Rückfahrt außerhalb der Arbeitszeit gezahlt. c) Liegt die Arbeitsstelle über 6 Kilometer (Luftlinie) von der Werkstätte entfernt und kann abends die Wohnung erreicht werden, so wird das Fahrgehalt 3. Klasse (für geringe Entfernungen 4. Klasse) für täglich 2 Fahrten außerhalb der Arbeitszeit entrichtet, und werden für den Tag für Bediege 50 J. und für Verheiratete 1 M. Zuschlag bezahlt. d) Bei auswärtigen Arbeiten, wo abends die Wohnung nicht erreicht werden kann, wird außer der Fahrgehalt und Fahrzeitentschädigung eine Zulage von 1,50 bis 2,50 M. für den vollen Tag gezahlt. Reisezeit zählt als normale Arbeitszeit. Als Fahrzeit ist die Zeit von Abgang der letzten noch rechtzeitigen Fahrgelegenheit bis zum Beginn der Arbeitszeit zu verstehen. e) Die Zulage ist für alle Kalendertage zu bezahlen, die der Arbeiter auf der Reise oder auswärtig zubringt. f) In Seestädten, Bädern und anderen Orten, wo der Lebensunterhalt besonders teuer ist, wird ein entsprechender Zuschlag, gemäß besonderer Vereinbarung gezahlt. g) Bei besonders gefährlichen Arbeiten wird ein Zuschlag gezahlt. Derselbe unterliegt der freien, vorherigen Vereinbarung. — § 4. Durchführung der Vereinbarung. a) Bestehende bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen dürfen nicht verschlechtert werden. b) Die Vereinbarungen müssen in jedem Betriebe sichtbar ausgehängt werden. c) Ueber Streitigkeiten aus diesen Vereinbarungen entscheidet, wenn eine Einigung nicht zustande kommt, eine zu bildende Schlichtungskommission. d) Diese Kommission besteht aus je drei von den Parteien selbst zu wählenden Vertretern. e) Dem Vertrag entgegenstehende Sondervereinbarungen sind unzulässig und unglücklich. Die Paragraphen der Arbeitsordnung, die dieser Vereinbarung nicht entgegenstehen, bleiben bestehen. — § 5. Gültigkeitsdauer. Die Vereinbarung gilt vom 1. Mai 1912 bis zum 1. April 1915. Wird dieselbe nicht ein Vierteljahr vor Ablauf von einer Partei gekündigt, so verlängert sich die Gültigkeit immer um ein Jahr. Die Parteien verpflichten sich, nach erfolgter Kündigung in Verhandlungen einzutreten.

Werftarbeiter.

Hamburg. (Die Arbeitsniederlegung auf der Vulkanwerft.) Am 30. April vormitags 8 Uhr legten die Arbeiter der Vulkanwerft wegen der Maßregelung eines Arbeiterauschusses die Arbeit nieder. Circa 4500 Arbeiter erklärten sich solidarisch mit ihrem Vertrauensmann. Die widersprechendsten Gerüchte wurden mit dieser Arbeitsniederlegung in Verbindung gebracht. Die bürgerliche Presse vor allem war es, die nicht genug in Sensation machen konnte. Da die Arbeitsniederlegung einen Tag vor dem 1. Mai erfolgte, war man allgemein der Ansicht, daß die Direktion der Vulkanwerft den Streik provoziert habe, um die zehntägige Aussperrung zu umgehen. Verstärkt wurde diese Ansicht durch den Umstand, daß am 24. Mai der Riesenampfer Imperator vom Stapel laufen soll. Die Arbeiter an diesem Riesenwerft waren, wie das immer der Fall ist, sehr im Rückstand, so daß die Aussperrung wohl während zu wirken drohte. Ob die Direktion der Vulkanwerft tatsächlich die Aussperrung umgehen wollte oder nicht, ist natürlich sehr schwer nachzuweisen, die Absicht ist jedenfalls nicht ausgeschlossen. Möglich ist, daß die übrigen Werften, wo gleichfalls am 1. Mai die Arbeit ruhte, das Mandat durchschaut haben und durch ihren Einspruch die Absicht der Vulkanwerft vereitelt. Die Entlassung des Vertrauensmannes selbst deutet in ihrer Form gleichfalls darauf hin, daß ein besonderer Zweck beabsichtigt wurde. Die Gründe, die zur Entlassung geführt haben sollen, sind derart unhaltbar, daß die Maßregelung in einem recht sonderbaren Lichte erscheint. Dem Kollegen wird nämlich zur Last gelegt, er habe Verbandsbeiträge geleistet, abgestempelt und die Gelder dafür einliefert. Da es allgemein bekannt ist, daß wir angelegte Hauskassierer haben, ist eine Verbandskassierung vollständig ausgeschlossen. Wir haben auf Wunsch des Verbandes der Eisenindustrie eine genaue Untersuchung des Vorfalls, der zur Entlassung geführt haben soll, vorgenommen und die vollständige Haltlosigkeit der Anschuldigung festgestellt. Auf Wunsch des Verbandes der Eisenindustrie fand unter Beisein zweier Vertreter dieses Verbandes und zweier Vertreter unseres Verbandes auf der Werft selbst dann noch ein Lokaltermin statt. Der Vorarbeiter stellte die Behauptung auf, daß der Vertrauensmann zwei Kollegen, die bei ihm gestanden seien, Karten geleistet, gestempelt und die Gelder abgeliefert habe, alle drei hätten nach seiner Beobachtung die Verbandsbücher in der Hand gehabt. Festgestellt wurde, daß der eine der drei in Betracht kommenden Arbeiter gar nicht Mitglied unseres Verbandes ist. Der von dem Vorarbeiter bezeichnete dritte Kollege hat nicht bei dem Vertrauensmann gestanden, sondern ist nur, mit zwei Spiralschraubern in der Hand, vorbeigegangen. Festgestellt wurde ferner, daß die Verbandsbücher des Vertrauensmannes und das oben genannten Kollegen durch den Hauskassierer regelmäßig durch Einleihen und Stempelung der Beiträge in Ordnung ge-

bracht worden waren. Der Vorfall hat folgende Ursache gehabt: Der Vertrauensmann wurde von dem Kollegen, der unserer Organisation nicht angehört, um Auskunft über einen nach seiner Meinung ungerechtfertigten Lohnabzug um Rat gefragt. Die Mitglieder des Arbeiterauschusses haben nämlich von der Direktion das Recht erhalten, derartige Beschwerden entgegenzunehmen und diese Beschwerden während der Arbeitszeit der Direktion zu unterbreiten. Der Vertrauensmann nahm die Arbeitsordnung zur Hand, um dem Kollegen Auskunft zu geben, diesen Vorgang hat der Vorarbeiter in der geschicktesten Weise ausgelegt. Im Lokaltermin selbst blieb der Vorarbeiter bei seiner Behauptung, es stand somit Aussage gegen Aussage. Am 2. Mai wurde von der Direktion eine Aussprache mit dem Arbeiterauschuss gewünscht, dieselbe fand statt und zitierte das Ergebnis: Der Vertrauensmann soll den Vorarbeiter verklagen, er gelte sich die Unschuld des Vertrauensmannes, wird er wieder eingestellt. Interessant war die Aussprache insofern, als die Direktion wohl selbst die völlige Haltlosigkeit der Behauptungen des Vorarbeiters erkannt haben muß, wurden doch dem Vorarbeiter bei der Protokollierung Worte in den Mund gelegt, die das Bild vollständig verlebten. Von der Direktion wurde sogar gesagt, wenn der Paragraf der Arbeitsordnung, der die Entlassung rechtfertigen soll, nicht zutrifft, nehmen wir eben einen anderen Paragrafen. Dadurch wurde die Situation natürlich verschärft. Mittlerweile wurde von den Bevollmächtigten versucht, ein anderes Mittel herbeizuführen; erreicht konnte jedoch nur die Entlassung des Vertrauensmannes in einem anderen Betriebe werden. Am 7. Mai fand eine Versammlung der Streikenden statt, in der mit 2298 gegen 532 Stimmen (46 waren unglücklich) beschlossen wurde, die Arbeit nicht aufzunehmen. Dieses Resultat teilten wir dem Eisenindustriellenverband mit, darauf fanden wiederum Verhandlungen statt. Unsererseits wurde der Vorschlag gemacht, eine unparteiische Untersuchungskommission einzusetzen, die den Vorfall, der zur Entlassung des Vertrauensmannes geführt haben soll, zu untersuchen. Dem Spruch dieser Kommission wollte sich die Arbeiterschaft unterwerfen. Dieser Vorschlag wurde von der Direktion abgelehnt mit der Begründung, daß eine solche Kommission überflüssig sei, da doch Aussage gegen Aussage stehe. Wir wünschten jedoch, daß die Direktion die Aussage geben solle, vor Entlassungen von Arbeiterauschussmitgliedern eine genaue Prüfung der Sachlage vorzunehmen. Es kam darauf folgendes zustande: Die Direktion stellt mit Ausnahme des Gemahregelten sämtliche Ausständigen wieder ein. Maßregelungen finden nicht statt. Ferner soll bei Entlassungen von Arbeiterauschussmitgliedern eine genaue Prüfung der Sachlage vorangehen. Die Arbeit soll am Montag den 13. Mai aufgenommen werden. Mit diesem Resultat beschäftigte sich eine Versammlung am 10. Mai. Nachdem der Bevollmächtigte sich über die Situation geäußert, wurde in der Debatte hervorgehoben, daß die Solidarität der Arbeiterschaft verletzt habe, daß die Arbeiter nicht widerstandslos die Maßregelung ihrer Vertrauensmannern hinnehmen. Folgende Resolution wurde dann gegen etwa 200 Stimmen angenommen: „Die Obenstehende und der Ausschuss der Arbeiterschaft der Vulkanwerft empfehlen, um die Selbstlosigkeit der Organisation zu erhalten und durch die augenblicklich geschaffene Situation gezwungen, die Arbeit geschlossen wieder aufzunehmen. Die Arbeiterschaft der Vulkanwerft erklärt jedoch, daß sie rigorosem Vorgehen der Direktion für die von ihr gewünschten Kollegen mit Nachdruck einzutreten. Die Arbeiterschaft der Vulkanwerft ist noch nicht vorbestimmt der Meinung, daß sie ihr gutes Recht verteidigt hat und die Entlassung des Mannes des Arbeiterauschusses zu Unrecht erfolgt ist.“ Damit war die Wiederaufnahme beschlossen. Der Direktion der Vulkanwerft möchten wir jedenfalls empfehlen, vorkommendenfalls die Arbeiterschaft nicht in der Weise, wie geschehen, zu provozieren. — Nach einige Worte zu der Arbeiterkassiererei am 1. Mai auf den Werften. Bei der Arbeiterkassiererei der Werften von G. Brandenburg, Stücken & Sohn, Janssen & Schmilinsky, der Rordorwerft, der Hamburg-Amerika-Linie, ruhte die Arbeit wegen der Maßregelung vollständig. Bei der Werft von Blohm & Voß feierten von circa 8000 Beschäftigten nur 2800. Diese Unzulage führte naturgemäß zu verschiedenen Konflikten. Am 4. Mai legten 231 Schiffsarbeiter Arbeit nieder, weil sie Arbeiten verrichten sollten, die von den ausgesperrten Kollegen liegen gelassen worden waren. Die Ortsverwaltung beschloß auf Grund unseres Status einstimmig, daß diese Arbeiten nicht als Streitarbeit betrachtet werden können und empfahl den Kollegen, die Arbeit wieder aufzunehmen, was denn auch am 7. Mai beschlossen wurde. Während nun die übrigen Werften nach der Aussperrung die Kollegen ohne weiteres in ihre alten Arbeitsverhältnisse wieder einstellten, riefen sich die Werft von Blohm & Voß in der schon oft geschickten Weise dadurch, daß den Kollegen sämtliche Akkordgeber verweigert werden sollten. Wohl wurden die Kollegen mit den alten Löhnen wieder eingestellt, auch setzte man sie in die alten Rechte bezüglich der Krankenkasse ein, Maßregelungen sollten gleichfalls nicht erfolgen, der Akkordgeber jedoch wurden sie für verweigert erklärt. Wiederholt haben wir auf die Erbitterung hingewiesen, die derartige Maßnahmen auslösen müssen, genügt hat das bis jetzt jedoch noch nichts. Durch derartige Maßnahmen wird naturgemäß die Ruhe und der Frieden auf den Werften nicht gefördert, das Gegenteil muß eintreten, das muß sich auch die Verflechtung von Blohm & Voß gesagt sein lassen.

Rundschau.

Reichstag.

Die Geschwindigkeit des Rennpferdes, das unter den klaffenden Reichstagsflügeln über die Bahn fliegt, erscheint nicht besonders groß im Vergleich mit der Eile, die den Reichstag packt, wenn er Ferienmitteilung bekommt. Dann beginnt ein Sätzen und Sagen, das nicht nur in mancher Beziehung unwürdig, sondern auch für das Volkswohl gefährlich ist. So wurde in der vorletzten Woche die Heeresvorlage nach einer Kommissionsberatung, die auch der freundschaftlichste Kritiker nicht als genügend anerkennen kann, im Sitzungstempo in der zweiten Lesung im Plenum des Hauses erledigt und die Marinevorlage ist ihr in wenigen Tagen nachgefolgt. Die Vertreter der bürgerlichen Parteien sagen entsetzlich, es sei ihnen darauf angekommen, dem Ausland den Beweis zu liefern, daß die Reichheit der deutschen Volksvertretung jederzeit bereit sei, das zur Sicherheit des Landes Erforderliche ohne lange Diskussion zu bewilligen; auch müsse man sich bei den Einzelheiten der Vorlagen auf das „sachkundige Urteil“ der Regierungsvertreter verlassen. Das stimmt in beiden Beziehungen nicht. Das Ausland bedarf gewiß nicht mehr der Belehrung, inwieweit es sich um die Regierungen handelt; diese wissen über unsere Leistungsfähigkeit ohnehin Bescheid und die Frage eines europäischen Krieges hängt heute sicherlich nicht davon ab, ob ein paar Bataillone oder ein paar Kanonen auf der einen oder anderen Seite mehr oder weniger vorhanden sind. Wenn man aber die getriebenen Kräfte der Reichstagsversammlung, dann darf man doch nicht übersehen, daß neue Klüftungen auf der einen Seite keineswegs absehbar sind, sondern lediglich den Eifer der anderen Seite anspornen, die berühmte Schraube ohne Ende von neuem in Drehung zu versetzen. Die Antwort auf die kaum angenommene deutsche Marinevorlage war denn auch prompt eine Rede des englischen Ministers Churchill, der sofort die Schaffung einer „britischen Reichsflotte“ mit Unterstützung der selbstverwaltenden Kolonien (namentlich Kanada und Australien) ankündigte. Und was sodann das Vertrauen zu der angeblichen „Sachkunde“ der Regierungsvertreter angeht, so können wir nicht finden, daß sie einen imponierenden Eindruck mache. Im Jahre 1909 wurde das Gesetz über die Friedenspflicht des deutschen Heeres auf fünf Jahre verlängert, nicht ohne daß dabei eine immerhin beträchtliche Vermehrung der aktiven Streitkräfte am

11 000 Mann durchgebildet worden wäre. Wenn dann das Kriegsministerium nach Ablauf einer so kurzen Frist schon erklären muß, daß seine damals doch auch sachkundigen Vorschläge unvollkommen gewesen, daß organisatorische Veränderungen der Armee und neue Verstärkungen unbedingt nötig seien, dann muß ein solches Vorgehen mindestens befremdend erscheinen und ernste Zweifel an der erwählten „Sachkunde“ erwecken lassen. Und ist es mit der Marine anders? Ist schon jemals, solange die neue deutsche Flottenpolitik währte, eines der „sachkundig“ begründeten Flottengesetze untergefallen worden? Nicht eins! Immer bedeuteten die langfristigen Seeres- und Flottengesetze nichts anderes als eine durchaus einseitige Bindung der Volksvertretung.

Unter der allgemeinen Surrenderstimmung der bürgerlichen Parteien selbst selbstverständlich auch die notwendige Kritik an den Einrichtungen und dem Geiste der Armee. Die Bevorzugung des Abels, die rückwärtslose Zurückdrängung der bei der Wahl ihrer Konfession, ihrer Eltern, ihrer Tonen oder ihrer politischen Überzeugung nicht genügend vorsichtigen Elemente, die Gefinnungsschnelligkeit, das nie zum Stehen kommende Bestreben der Militärbehörden, die Bezüge der höheren Stellen durch allerhand versteckte Zulagen (Pferdegelber, Kommandozulagen, Reiseentschädigung u.) zu vergrößern, die höchst mangelhafte Beobachtung geistig Minderwertiger im Dienste, die Ungeheuerlichkeiten der militärischen „Rechtspflege“ und alles das sind dieses Jahr vielfach nur von der sozialdemokratischen Fraktion ernsthaft gerügt, von anderen Volksvertretern zumest kaum mit einigen klüchtigen Worten gestreift worden. Am deutlichsten zeigte sich der Wunsch der Armee, für sich eine rechtliche und praktische Ausnahmestellung zu erobern oder zu erhalten, in der Frage des Duells. Das Zentrum hatte, um vor seinen Wählern nicht als unabhängige Regierungskörperschaft zu erscheinen, in der Duellfrage zunächst scharfe Stellung gegen den Kriegsmilitarismus genommen und gedroht, aus der Tatsache, daß in der Armee das von der Volksseite und vom Gesetz gleichermassen verpönte Duell immer noch nicht nur anerkannt, sondern sogar erzwungen wird, die notwendigen Schlussfolgerungen zu ziehen. Wir hatten schon bei der ersten Erwähnung dieser Drohung bemerkt, daß wir an ihren Ernst nicht glauben könnten, vielmehr erwarteten, das Zentrum werde nach festem Theaterdonner doch noch zur gegebenen Zeit schon einen Umschwung in Szene setzen. So ist es denn auch gekommen. Nur die Sozialdemokraten hatten ganz konsequent gefordert, daß jede Herausforderung zum Duell nicht nur mit der gesetzlich angedrohten Strafe belegt, sondern überdies auch mit dem schärfsten Abstrich aus der Armee beantwortet werden solle. Als eine dieser Verschärfungen wenigstens in gewissem Umfang Rechnung tragende Resolution mit Hilfe auch eines Teiles der nicht entsprechend „informierten“ Zentrumsabgeordneten angenommen wurde — alle „Führer“ stimmten dagegen —, entspann sich ein längerer Stellungskrieg, ein Siergang auf dem Papier, da die Zentrumsführer nachweisen wollten, daß ihre Schwäche eigentlich Stärke, ihre Flucht ein Sieg gewesen sei. Diese Redensarten mag man an der einen Tatsache wahrhaben, daß die launenhaften Zentrumsschreiber bei der Beratung der Militärvorlage dem einzigen Militär in ihren Reihen, Hauptmann v. Sauer, einem ehemaligen bayerischen General, der scharf oppositionell gestimmt ist, das Wort abjuchsen!

Die von uns bereits angezeigten Schwierigkeiten, für eine zureichende Deckung der neuen Militärausgaben zu sorgen, sind eigenartig behoben worden. Die angebliche Abschaffung der Brandwaffenbesitzgabe stellt sich bei den langwierigen Verhandlungen in der Kommission immer deutlicher als ein großer Schwund heraus, und kein Sachverständiger ist im Zweifel darüber, daß unter dieser stinkenden Benennung eine neue starke Vermehrung indirekter Lasten durchgeführt werden soll. Die Reichsfinanzverwaltung sah in größter Eile die notwendigen Schritte zu tun, um die neuen Vermögensgegenstände zurechtzuordnen, wollte auch zunächst dem dem beherrschenden Vorschlag der Sozialdemokraten, eine Erschließung neuer Steuern zu bewilligen, nichts misshagen.

Fernerhin war die Angst vor der Raube des Volkes doch stark genug, um auch die zum neuen Schnapsbunde bereinigten Parteien der Rechten und die Nationalliberalen zu dem Versuche einer, wenn auch erst in der Zukunft zu erwartenden Festsetzung zu treiben. Es ist ein eigenartiges politisches Bild, Herrn Woffermann in Arm mit Herrn Erzberger zu sehen, die gemeinsam die Reichsregierung aufgeführt haben, bis zum 30. April 1913 eines Gesetzesvorlage über eine allgemeine, die verschiedensten Befehlsarten gerecht treffende Besteuerung vorzulegen. Diese Punkte nach dem Inkrafttreten dieses so geforderten Gesetzes soll dann die Zunderfeuer erregt werden. Von welcher Art die von Woffermann-Erzberger geforderte Besteuerung sein soll, steht nicht da. Herr Woffermann beteuert, für ihn könne eigentlich nur eine Erschließung neuer Steuern in Frage kommen, während Herr Erzberger meint, man dürfe sich dabei auch eine Verbesserung der Militärbeiträge denken. Vielleicht meinen oder die herbrandeten Regierungen, weder eine Vorlage noch dem Sinne Woffermanns, noch eine Veredelung der Militärbeiträge treffe das Richtige, sondern am besten sei es, etwa die Fahrkartensteuer auszuheben, oder den Schenkungssteuern zu erhöhen, oder in irgend einer anderen Weise wieder den Verkehr zu belegen. Der weiß, was daraus noch kommen wird! Sicher ist vorläufig weiter gar nichts, als eine sehr starke Belastung der Verbraucher von Mineralwasser, obwohl Regierungen und Reichstagsparteien es in der Zeit von 1902 nicht an der Veräußerung haben fehlen lassen, unter keinen Umständen dürfen neue Lasten des Reiches durch indirekte Steuern gebildet werden. Verpönten und Gellen ist eben zunichte, notwendig in der Politik.

Die ständischen Vorgänge im preussischen Landtag, wo ein sozialdemokratischer Abgeordneter auf Verstoß des parteilichen Präsidiums durch Polizeigewalt von der Sitzung ausgeschlossen, ein anderer unter jugendlicher Bedrohung der Verhaftung und des Strafgesetzbuches an der Ausübung seiner Rechte verhindert wurde, haben auch im Reichstag Widerhall gefunden. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat nicht verzagt, bei der Beratung des Entwurfs des Reichsstaatsrechts die Angelegenheit zur Sprache zu bringen. Selbstverständlich war auch die Unterstützung einer notwendigen Kapierung des Kaisers, die er verlangt in Straßburg gemacht habe, im Reichstage. Schließlich kam das Reichsparlament, das erst vor Jahresfrist die einseitige Verfassung schuf, nicht gleichgültig über, wenn der deutsche Kaiser behauptet, er werde sich länger über einige Beschlüsse des einseitigen Reichstages hinwegsetzen, die Verfassung wieder in Scherben schlagen und die Reichslande zu einer preussischen Provinz machen. Die einseitige Selbstherrlichkeit zeigt die Volkswahl, dagegen Stellung zu nehmen. Bei der Einleitung kam es zu heftigen Szenen. Schon vorher war es bekannt geworden, daß die Konservativen, die „preussischen Kameraden“ von der Art des Reichs, Oberland, Reich und Reichsland, die Selbsterhaltung zu einem möglichst unangenehmen Stande bringen wollten. Der Kampf denn auch los, als der Reichstagspräsident der sozialdemokratischen Partei in einer wichtigen Rede die Reichslande zu einer preussischen Provinz machen wollte. Dieses Gebot bei den Konservativen, Reichstagspräsident der Reichslandmitglieder mit dem Reichsland an ihrer Spitze, Ordnungsgemäß, brachte auf der Bühne — dies alles wurde schließlich ein Duell, in dem der einseitige Reichstagspräsident der Reichslandmitglieder zu verurteilen drohte.

Nach dem Willen der Reichstagsmehrheit wird der Reichstag zu Pfingsten bis auf den Herbst vertagt werden. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß das Ruhebedürfnis auf allen Seiten des Hauses stark ist; die mehr als viermonatige ununterbrochene Arbeit im Parlament nach den gewaltigen Anstrengungen während des Wahlkampfes übersteigt die körperliche und geistige Leistungsfähigkeit der meisten Mitglieder, namentlich derer, die unausgeseht die Kleinarbeiten in den Kommissionen betreiben müssen, beträchtlich. So wie es heute ist, treibt das Parlament kaum Arbeit an seinen besten, zum Teil sogar unersetzlichen Kräften. Unangenehm fällt nur auf, daß die Mehrheit jetzt wieder die Vertagung auch namentlich deshalb herbeizuführen sucht, um den Abgeordneten über den Sommer hin Möglichkeit der freien Eigenbewirtschaftung zu sichern. Es liegt darin eine gewisse Degradation der Stellung eines Abgeordneten, und mit Recht nahm daher der Reichstag einstimmig eine Entschädigung an, die Freifahrt solle in Zukunft den Parlamentarier während der ganzen Dauer der Legislaturperiode zufließen. Das ist im Interesse der gesetzgebenden Arbeiten zu fordern, weil es für einen im Parlament beschäftigten Mann ausgeschlossen erscheint, daß er während der Sitzungsperiode selbst irgendwelche informatorische Reisen unternehmen kann. Auch über die unwürdige Ausgestaltung des Stützgesetzes, die auf das Schicksal des jetzigen Abgeordneten, früheren Ministers v. Posadowsky geht, wurde wiederum mit Recht Klage geführt. Posadowsky ist seiner ganzen Natur nach realistisch veranlagt; wie er das bei der Schaffung des erwähnten Gesetzes bewiesen hat, so zeigte sich seine Parlamentsfeindschaft auch wieder in dem Augenblick, wo jetzt die Rechte des Parlaments durch die Reform der Geschäftsordnung, wenn auch nur um ein geringes, erweitert werden sollten. Posadowsky ging mit den wildesten Konservativen durch die dicken und dünnen. Hoffentlich trägt sein Verhalten in dieser Frage dazu bei, daß unser Freund Severing das nächstmal ihm die Bürde des Mandats für Bielefeld wieder mit um so größerer Mehrheit abnimmt.

Gewerkschaftliches.
Generalkommission und Zentralarbeitssekretariat. Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands veröffentlicht in Nr. 19 des Korrespondenzblattes ihren Bericht für 1911. In üblicher Weise wird darin zunächst die sozialpolitische Lage während des vergangenen Jahres besprochen, die Wirklichkeit des Arbeiterkampfes im Reichstag, das Hausarbeitgesetz ohne die von der sozialdemokratischen Fraktion geforderten Verbesserungen, und das Versicherungsvertragsgesetz mit seinen Unvollkommenheiten. Weiter wird noch der Verlauf der Reichstagsarbeiten gewürdigt, beschränkt die von der Berliner Polizei vergeblich zu hindern versuchte Aktion zugunsten des Friedens anlässlich der Studienreise französischer Gewerkschaftler nach Deutschland. Weiter wird der vom Dresdener Gewerkschaftsverband erhaltene Auftrag, gemeinsam mit dem Zentralverband deutscher Konsumvereine eine gewerkschaftlich-gesellschaftliche Unternehmung zu gründen, deren Aufgabe es sein soll, den Mitgliedern der Gewerkschaften und der Genossenschaften, die freiwillig Beiträge leisten, und deren Familienangehörigen Unterstützung in Fällen des Todes, des Alters, der Kinderlosigkeit u. s. w. zu gewähren. Nach Verhandlungen mit dem Reichlichen Ausschuss für Privatversicherung wurde beschlossen, zu diesem Zwecke eine Aktiengesellschaft zu gründen. Das Kapital wird zur Hälfte von den Gewerkschaften, zur Hälfte von den dem Zentralverband deutscher Konsumvereine angehörenden Genossenschaften aufgebracht werden. Voraussetzungen sind es, daß es gelingen, noch im Laufe dieses Jahres das Versicherungsunternehmen in Wirklichkeit treten zu lassen.

Mit dem Vorstand des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine haben weiterhin gemeinsame Beratungen wegen der zur Bekämpfung der Schäden der Heimarbeit zu treffenden Maßnahmen stattgefunden. Es wurde der Inhalt eines Auftrages vereinbart, der sich an die Mitglieder der Gewerkschaften und der Genossenschaften wendet. (Siehe auch Metallarbeiter-Zeitung Nr. 20, Seite 162.) Der Auftrag soll außerdem noch in einer Million Exemplare als Material verbreitet werden.

Auch im vergangenen Jahre wurden an die Generalkommissionen Anträge auf Gewährung von Zuschüssen oder Übernahme der gesamten Kosten zur Gründung von Arbeitersekretariaten und Anstellung von Gewerkschaftssekretären gestellt. Der Bericht weist wieder darauf hin, daß die Generalkommissionen solchen Anträgen nur in sehr beschränkter Umfang Folge leisten kann, einmal, weil die für die Gewährung solcher Unterstützungen erforderlichen Voraussetzungen fehlen, dann aber auch, weil die der Generalkommission zur Verfügung stehenden Mittel auch nicht entfernt ausreichen würden, alle nach der Richtung hin gehaltenen Anforderungen zu erfüllen. Finanzschwache Gewerkschaftskreise haben deshalb auf ihren Antrag Unterstützungen zur Durchführung sozialer Aufgaben erhalten, ebenso die zur Rechtsanwaltsvereinerung erforderlichen Mittel. Zur Beschaffung von Vermögensgegenständen sind auch im Berichtsjahre nicht unerhebliche Mittel aufgewandt worden. Es handelt sich in allen Fällen immer nur um die Einsetzung geeigneter Beamtenstellen. Für den Erwerb eigener Grundstücke gibt die Generalkommission Mittel nicht her.

Zur besseren Agitation unter den in der Schweiz beschäftigten circa 100000 italienischen Arbeitern wird der Schweizerische Gewerkschaftsverband ein besonderes Gewerkschaftsblatt in italienischer Sprache herausgegeben. Da es im allgemeinen gewerkschaftlichen Interesse der Arbeiter Deutschlands liegt, auf die italienischen Arbeiter in der Schweiz, dem Grenzgebiete der italienischen Einwanderung, einzuwirken, hat die Generalkommission einen Teil der durch die Herausgabe des Blattes entstandenen Kosten übernommen. Das Korrespondenzblatt wurde durch eine Arbeiterrechtsbeilage erweitert. Die Auflage stieg von 27000 Exemplaren auf 28400. Die fremdsprachigen Blätter L'Operaio Italiano und Oswista erzielten im Jahresdurchschnitt in 1912 und 6678 Exemplaren. Der Abrechnung entnehmen wir folgenden: **Rassenbestand am Ende des Jahres 1910:** 423870,94 M., **Einnahmen aus Beiträgen der Gewerkschaften** 289742,94 M., **für den Verband der Land- und Forstarbeiter** 15000 M., **Unterstützung** 49922,46 M., **Verlag** 11583,12 M., **Zinsen** 12059,80 M., **diverse Einnahmen** 832,02 M., **Korrespondenzblatt** 7388,15 M., **L'Operaio Italiano** 11020,65 M., **Oswista** 2256,93 M., **Gesamteinnahme:** 923445,01 M. **Ausgegeben** wurden für Agitation, Arbeitersekretariat in Katowitz und in Saarbrücken, an die Generalkommission der Gewerkschaften, Prozeßkosten, für die Jugendbewegung u. s. 131914,14 M., für Kongresse und Konferenzen 10772,37 M., für Bücher und Zeitschriften 1179,89 M., Druckkosten 4775,20 M., an den internationalen Sekretär 3025,50 M., jährliche Bezahlung des Sekretärs 11708,47 M., persönliche 25540,76 M., **Unterstützung** 54396,11 M., **Verlag** 9225,02 M., **diverse Ausgaben** 22331,45 M., **Korrespondenzblatt** 61049,31 M., **L'Operaio Italiano** 16572,12 M., **Oswista** 12511,80 M., **Zentralarbeitssekretariat** 16600,09 M., **sozialpolitische Abteilung** 19339,23 M., **Gesamtausgaben:** 383424,30 M., **Reserven** 45261,71 M. **Für Streitigkeiten und Ausperrungen** wurden eingenommen 58487,72 M., **ausgegeben** 505145,40 M., so daß ein Defizit von 78722,42 M. verbleibt.

In dem Bericht der Generalkommissionen schließt sich der des Zentralarbeitssekretariats. Daraus werden 2645 Sachen zur Beratung übergeben, die mit Ausnahme von fünf Zivilsachen nur Fragen der rechtsgewöhnlichen Arbeiterversicherung und der landesgesetzlichen Unfallversicherung betreffen. In diesen kamen noch aus dem Jahre 1906: 1 Fall, aus 1908: 23 und aus 1910: 1179 Fälle, so daß im ganzen 3668 Sachen in Beratung waren. Von diesen wurden erledigt 2921. Unentschieden blieben aus 1906: 1, aus 1910: 38 und aus 1911: 808, also im ganzen 847 Sachen. Von den 2921 Fällen, die erledigt wurden, waren 2538 Zivilsachen, 196 Verwaltungs-, 22 Kampfsachen, 5 Zivilsachen. Von den Unentschiedenen wurden mit günstigerem Ergebnis 357, mit

ungünstigem 1184, in 547 Fällen wurde die Vertretung abgelehnt. Daselbst geschah bei 87 Invalidentagen. In der Vertretungsinstanz wurden 3 Invalidentagen erfolgreich und 4 erfolglos erledigt. Die übrigen blieben 152 Revisionssachen hatten folgendes Ergebnis:

Verhandlungsgegenstand	Verhandlungsbilanz	Ergebnis
die Revision zurückgewiesen	12	70
ber Revision stattgegeben	10	10
die Sache zur nochmaligen Verhandlung an das Schiedsgericht zurückgewiesen	19	27
die Revision zurückgenommen	1	3

Neben den Rentenrechtsfragen hatte das Sekretariat in 886 Sachen 1038 schriftliche Auskünfte zu erteilen. Die im Sekretariat erteilten mündlichen Auskünfte, meist Arbeiterversicherung betreffend, sind nicht im einzelnen gezählt worden.

Sandlungsgesellschaften. Die achte Generalversammlung des Zentralverbandes der Sandlungsgesellschaften und -Geheimen Deutschlands tagte vom 5. bis zum 7. Mai in Berlin. Lango (Gumburg) sprach über die Angelegenheiten im wirtschaftlichen Kampfe, Rechtsanwalt Dr. C. Weinberg (Berlin) über das Vereinsgesetz und die Gewerkschaften, Urbahn (Berlin) über das Wahlrecht der weiblichen Angehörigen in der Reichsversammlung, die Angelegenheiten im Reichsversicherungsamt, ferner K. Heber (Gumburg) über die Rückstellungen der Kaufmannsvereine in der Reichsversammlung. Zu dem letztgenannten Thema hatte der Referent Beiträge vorgelegt, über die sich eine lebhafte Diskussion entspann, wobei sich zeigte, daß die Meinungen sehr auseinandergingen. Man einigte sich schließlich dahin, daß das bisher gesammelte Material gedruckt und den Mitgliedern zur Diskussion unterbreitet werden solle. Der Vorstand beantragte die Einführung von Staffelnbeiträgen (bis jetzt allgemein 1,20 M. monatlich für männliche Mitglieder und 80 Pf. für weibliche). Auch sollten die Stellenbesetzung ausgebaut und Unterstützungen für Franks und Langenbecher neu eingeführt werden. Ferner beantragte der Vorstand die Einführung von Beamtenkonferenzen in mindestens eine jährigen Intervallen. Diese sollten in Gemeinschaft mit dem Vorstand zwar keine bindenden Beschlüsse fassen, aber doch die allgemeinen Richtlinien der Verbandstätigkeit antizipieren. Beschlüsse wurden, fünf Beitragsklassen einzuführen (60 Pf. bis 2 M.). Die Stellenbesetzung wurde dementsprechend abgeändert. Umzugsunterstützung (je nach Entfernung 15 bis 75 M.) wurde eingeführt, desgleichen Krankenunterstützung. Bezüglich der Einweisung in den Verband der Lagerarbeiter wurden Abmachungen vorgelegt, die zwischen den beiden Vorständen vereinbart worden waren. Diese wurden nach längerer Debatte einstimmig gutgeheißen. Weiter wurde der Vorstand beauftragt, eine Versammlung mit dem Verband der Bureauangestellten auszuführen. Der Sitz des Verbandes soll nach Berlin verlegt werden. Der Name wurde abgeändert in „Zentralverband der Sandlungsgesellschaften“. Bezüglich der in Bayern und anderen Bundesstaaten eingetragenen Geschäftsstellen an den Handelskammern wurde eine Resolution angenommen, wonach diese nicht als Interessenvertretung der Sandlungsgesellschaften anerkannt werden und die Erwartung ausgesprochen wird, daß die Sandlungsgesellschaften sich an den Wahlen dazu nicht beteiligen. Zu dem vom Reichsamt des Innern veröffentlichten Gesetzentwurf über die Sonntagsruhe wurde eine Resolution angenommen, wonach die darin vorgesehene Arbeitszeit an Sonn- und Feiertagen den Wünschen der Angehörigen nicht entspricht und verlangt wird, daß die Sonntagsarbeit in Kontoren ganz verboten und in offenen Verkaufsstellen lediglich auf zwei frühe Vormittagsstunden zum Verkauf von Milch, Backwaren, Fleisch und Eis beschränkt wird.

An die Vertrauenspersonen der hauptberuflichen Arbeiter!
Werte Kollegen! Zu den bevorstehenden Sommerkontrollen stehen bei der unterzeichneten Kommission Fragebogen und Zusammenstellungsformulare unentgeltlich zur Verfügung. Die Kollegen werden ersucht, in recht reger Art davon Gebrauch zu machen. Bei diesen Kontrollen wäre im Interesse einer Weiterentwicklung unseres Schutzes zu empfehlen, auf die Art der Verwendung von Leitergeräten und wie der Umgang mit diesen beschaffen ist, zu achten. Auch der auffällige Rückgang des Schutzes bei Dacharbeiten bedarf unserer Aufmerksamkeit. Außerdem soll in der Zeit vom 1. bis zum 15. Juni nach einem mit den Vorstandsmitgliedern ausgearbeiteten Fragebogen eine allgemeine Erhebung bei den Betonbauten vor sich gehen. Auch diese Fragebogen werden nach einer Mitteilung über die benötigte Zahl von uns den Vertrauenspersonen zugeföhrt. Sämtliche ausgefüllten Betonbaufragebogen sind bis zum 30. Juni d. J. beim Unterzeichneten einzuliefern.
Mit Gruß
Die sozialpolitische Abteilung der Generalkommission. S. M. G. Seinke, Berlin SO. 16, Engelauer 15.

Gewerbegerichtliches.

Wenn man alt wird. Ein Baulempnergehilfe war bei dem Dachdecker- und Baulempnermeister Konrad 2 1/2 Jahre ununterbrochen beschäftigt. In der vorhergehenden Stelle war er 10 Jahre tätig. Der Geheile war 55 Jahre alt, als ihn der Meister freustragte, er solle eine Ueberhängearbeit an einem Dach ausführen. Der Geheile antwortete, daß er bei dem Meister alt und grau geworden sei und in den 2 1/2 Jahren stets Klempnerarbeiten verrichtet habe; die jetzt übertragene Dachdeckerarbeit möge der Meister einem jüngeren Gesellen ausführen lassen. Der Meister entließ den Geheile auf der Stelle, und dieser klagte am Gewerbegericht auf Zahlung von 6,12 M. Entschädigung für den Tag der Entlassung. Der Vorsitzende bemerkte, daß ihm ein so trauriger Fall am Gewerbegericht noch nicht vorgekommen sei. Der Geheile verwies darauf, daß er in seinem Alter nicht leicht wieder eine Stelle als Baulempner bekommen könne; er habe in 3 1/2 Jahren nur einmal den Ueberhang gearbeitet und sich in etwas zu schämen können lassen. Die Bitte des Vorsitzenden, den Mann wieder einzustellen, lehnte der Beklagte ab und zahlte schließlich auf Zureden der Vergleichsstammer den entgeltlichen Betrag. (Rheinische Zeitung, Nr. 112 vom 15. Mai.)

Austragen von Gewerkschaftsblättern.

Zur ganzen preussischen Staats- und für die Sonn- und Feiertage durch Oberpräsidial-Polizeiverordnungen öffentlich bemerkbare Arbeiten verboten. Gegen dieses Verbot sollte sich Horn aus Tilsen durch den Hunsrück dadurch ergangen haben, daß er als Mitglied des Fabrikarbeiterverbandes an dessen Mitgliederversammlung Sonntag vormittags das Verbandsorgan austrug. Er trug die Zeitungen in einer Mappe, die mit einem Ueberhang versehen war. Seine Tätigkeit nahm einige Stunden in Anspruch. Er zog auch für den Verband die Beiträge ein. Für je eine Mark erhielt er 5 Pf. Entschädigung. Die Strafammer in Siegen beurteilte den Angeklagten zu einer Geldstrafe und führte aus, daß es zweifellos eine öffentlich bemerkbare Arbeit sei, wenn jemand einige Stunden lang mit den Zeitungen in der Mappe von Haus zu Haus gehe. Da der Angeklagte es auch außerhalb der Zeit getan habe, mo ausnahmsweise an Sonn- und Feiertagen das Austragen von Briefen und Zeitungen zugelassen sei, so müsse er auf Grund der dem Schutze der äußeren Heiligkeit der Sonn- und Feiertage gewidmeten Verordnung des Oberpräsidenten verurteilt werden.

Das Kammergericht hob das Urteil auf die Revision des Angeklagten auf und verwies die Sache zu nochmaliger Verhandlung und Entscheidung an die Vorinstanz zurück. Begründend wurde ausgesprochen, eine öffentlich bemerkbare Arbeit im Sinne der fraglichen Verordnung sei eine, nicht lediglich des Vermögens oder der Unterhaltung wegen unternommene Tätigkeit, bei der eine gewisse Anstrengung öffentlich in der Erscheinung trete. Das Landgericht habe nun zwar festgestellt, daß es öffentlich bemerkbar gewesen und aufgefunden sei, als Angeklagter mit seiner Mappe von Haus zu Haus

Die Bedeutung der geschichtlichen Ereignisse ist keineswegs zu unterschätzen. Zunächst übten sie eine gewaltige Wirkung auf die breiten Massen der Arbeiterklasse aus.

Aber nicht nur für das Proletariat selbst ist die Protestbewegung von hervorragender Bedeutung. Sie ist auch von großer Wichtigkeit für die ganze russische Demokratie.

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

Wir erhielten folgende Zuschrift: Newark (New Jersey), April 1912. Geehrte Redaktion! In letzter Zeit habe ich mehrere Briefe erhalten von Kollegen, so daß ich sie nicht alle einzeln beantworten kann.

Ich und viele andere Deutsche würden hier gern den Rücken kehren und heimgehen, wenn wir nur das Billekt hätten, denn es langt kaum von einer Woche zu anderer.

Literarisches.

(Für Bestellung der angezeigten oder besprochenen Werke wende man sich nicht an uns, sondern nur an den bei jedem Werke angegebenen Verlag oder an eine Buchhandlung.)

Zentralverband der Dichter, Dramatiker und verwandten Berufsgruppen Deutschlands. Jahrbuch 1911. Hamburg, März 1912. Verlag von D. Allmann, Besenbinderhof 57. 235 Seiten. Preis 2 M.

Dr. J. Danneberg: Die neue Weltanschauung. Die Aufregungen vom Mittelalter bis zur Gegenwart über den Vorwurf des Kosmos. Mit einem Bildnis von der Neuen Weltanschauung.

Die gewöhnlichen Lebensbedingungen. Zeitungsliche Aufklärung zur Aufklärung, Erklärung und Beseitigung der Falschheit, Lüge und unethischen Taten, deren Bekämpfung mit Gesetz und Richter-Ähren in den höchsten und höchsten Verstand, Zentral-

telegraphie, Spektroskopie, Bindungen z. Von Professor W. Weller. Unter Mitwirkung von Mittelschullehrer E. Robert. Zweite, vielfach verbesserte und stark vermehrte Auflage, mit 245 Abbildungen und 1 Tafel in Farbendruck. Leipzig, Verlag S. B. Schöner, 179 Seiten. Preis gebunden 4 M., gebunden 4,50 M.

Die Gfzshahn. Von Prof. Dr. R. Schreiber. Mit 15 Abbildungen. 132 Seiten. Die Elektrizität im täglichen Leben. Von E. Wunder. Mit Abbildungen. 144 Seiten.

Allgem. Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter (S. 29 Hamburg).

Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse im April 1912.

Table with columns for 'Einnahmen' and 'Ausgaben'. Lists various locations and amounts, such as 'Von Kagen 100 M', 'Minden 250', 'Münster 400'.

Table with columns for 'Einnahmen' and 'Ausgaben'. Lists various locations and amounts, such as 'Nach Adlershof 150 M', 'Münster 400', 'Minden 250'.

Zurückgezählte Beiträge 6. Verwaltungskosten a) persönliche 3629,66. b) sächliche 1848,52. Sonstige Ausgaben 185,95. Summa 39 055,60.

Table with columns for 'Einnahmen', 'Ausgaben', 'Mehreinnahmen', 'Raffenbestand am 1. April 1912', 'Raffenbestand am 30. April 1912'.

Alle für die Krankenkasse sowie für die Sterbekasse bestimmten Hoffnungen sind stets nur an das Bureau der Kasse unter der Adresse: Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (S. 29), Hamburg 1, Besenbinderhof 70, zu richten.

Mit Gruß C. Butenuth, Hauptkassierer.

Verbands-Anzeigen

Members Meetings. (In allen Versammlungen werden Mitglieder aufgefordert.) Samstag, 25. Mai: Hall, Schwab. Bielefeld, 8 Uhr.

Verstorben.

Wageln. Paul Heinz, Schlosser, 25 Jahre, Lungenschwindsucht. Klingen. Fritz Breitkopf, Schlosser, 46 Jahre, Schlaganfall.

Zentralarbeitsnachweis für Graveure und Ziseure

Berlin NW. 6, Chariteestraße 3.

Privat-Anzeigen.

Einige Matrizanten-Anfragen werden bei gutem Verdienst per sofort eingestellt. Metzgermeister für großes Industriegeschäft in Königsberg i. Pr. per sofort gesucht.